DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Tamara Retzlaff: *Sie spricht offen aus, was andere verschweigen.*
Aufrüttelnder Brief von 400 Impfgeschädigten ➔ Panoramaseiten 12 / 13.

MIT DEMO-KALENDER ➔ Seite 6

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 97 ab Samstag 16. Juli 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler und 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Die Sprache wiederfinden.

Jetzt wissen wir durch belastbare Statistiken, dass allein im Jahre 2021 etwa drei Millionen Menschen in Deutschland gravierende Schäden durch experimentelle »Impfungen« des unerprobten mRNA-Substrats davongetragen haben.

Von »Impfungen« Betroffene sind oftmals schwer beeinträchtigt in ihrer Lebensqualität. Sie sind auf fremde Hilfe angewiesen. Niemand hilft ihnen. Denn die offizielle Erzählung sagt ja, es gebe »nur in den seltensten Fällen« unerwünschte Wirkungen der riskanten Injektionen.

Diese Erzählung kann nicht länger aufrechterhalten werden. Und dennoch haben wir ein Wahrnehmungsproblem. Solange wir lesen, »drei Millionen Impfschäden«, sehen wir nur eine Zahl. Die ist abstrakt, blutleer. Doch die Leidenden stehen jetzt auf und erheben ihre Stimmen. Sie wenden sich in einem offenen »Brandbrief« an Politiker, Medien und Wissenschaft. Sie fordern, ihr Leiden endlich ernstzunehmen. Sie fordern, dass Ärzte endlich gezielt aufgeklärt werden über die Symptome von »Impf«-Schäden. Sie laden dazu ein, Selbsthilfe zu organisieren. Und sie fordern selbstverständlich eine angemessene Entschädigung.

Bislang versuchen die angesprochenen Verantwortlichen in den Schaltstellen der Macht, den Brief totzuschweigen. Das wird nicht gelingen. »Aussitzen« funktioniert nicht länger. Hier bahnt sich ein gigantischer Skandal an, der den Contergan-Skandal um ein Vielfaches übertreffen wird. Der *Demokratische Widerstand* dokumentiert deshalb als erste große Zeitung in Deutschland den Offenen Brief auf den Panoramaseiten 12 und 13 der vorliegenden Ausgabe.

Titelcollage: DW/Anselm Lenz mit Material von DW/Feuerstacke/apolut.net/tamararetzlaff (Instagram)

Laut Meldungen:

»Der größte Montagsspaziergang der Geschichte: Am 1. August 2022 vereinigen sich Demokratiebewegung und die Montagsspaziergänger in Berlin, 14 Uhr rund um unseren Bundestag.« Die Ziele? DW-UMFRAGE ➔ Seite 4



Matthes hatte recht

Der Preis der Republik wird an Harald Matthes vergeben.
LAUDATIO von Anselm Lenz



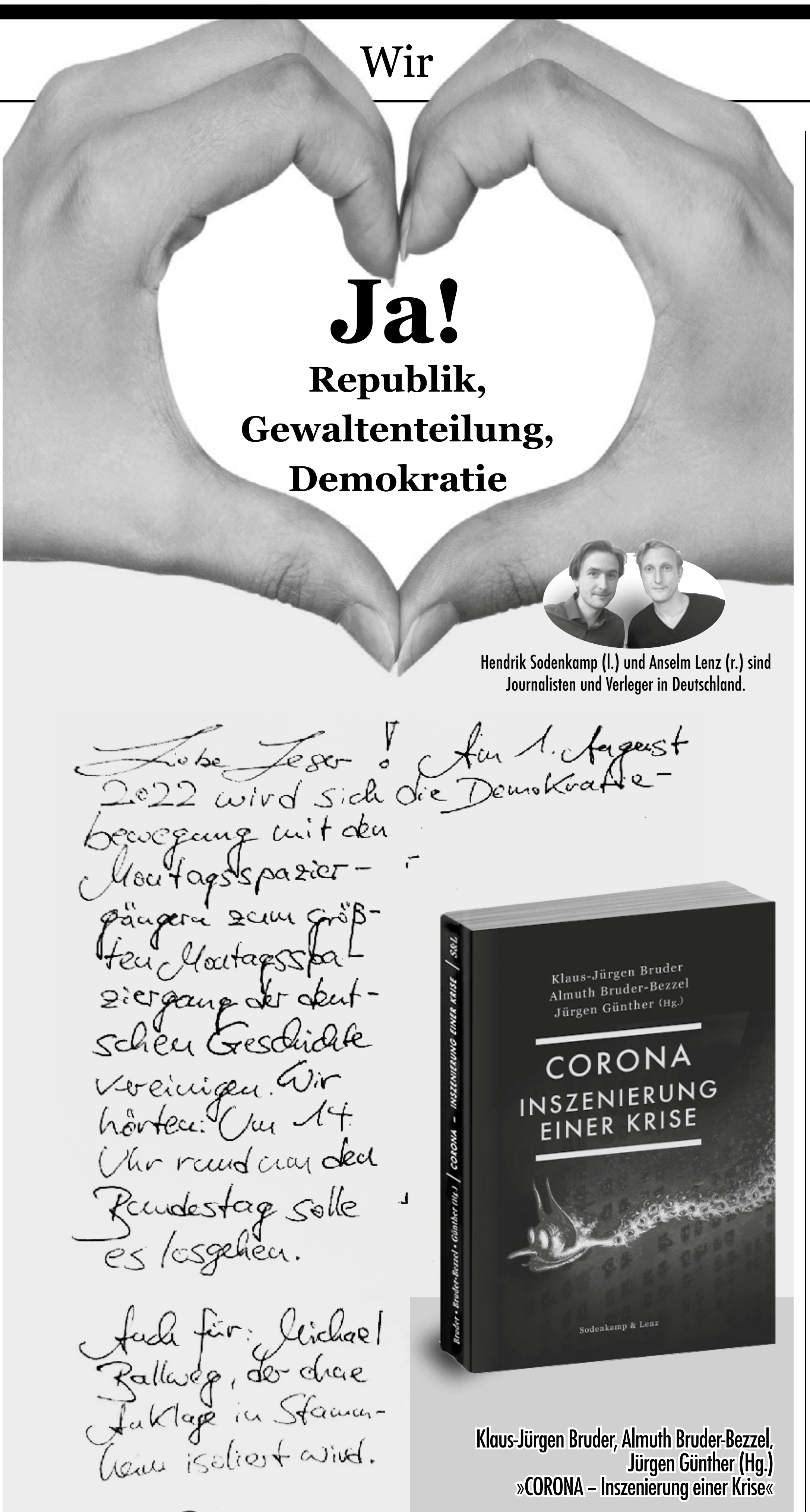
Wenn jemals alternative Wissenschaftswege wichtig für alle wurden, dann unter der düsteren Corona.

Der Professor Harald Matthes verteidigte bereits 2020 die Unabhängigkeit der Anthroposophie und alternativer Medizin. Entgegen der von Monopolkonzernen und einigen Regierungsmitgliedern monolithisierten »Naturwissenschaft« von oben machte der an der Charité promovierte Mediziner klar, dass in seinem Krankenhaus niemand an der vermeintlichen Schreckensseuche stürbe. Die »Bilder von Bergamo« waren gestellt. Menschen sind mit Beatmungsmaschinen sogar umgebracht worden (u.a. #DW8, 13. Juni 2020).

Professor Matthes legte dar, dass die Zahl der Vergiftungserscheinungen nach der Verabreichung der experimentellen Gen-Stoffe (»Impfung«) 40-mal höher liegen, als von der Regierungsbehörde »Paul-Ehrlich-Institut« zugegeben. Das veranlasste die Charité-Leitung auf Druck krimineller Kreise nun zur »Distanzierung«. Ein Abstand, der in der Gegenwart leider durchaus edel ist – für den Distanzierten.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Harald Matthes. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser! Am 1. August 2022 wird sich die Demokratiebewegung mit den Montagsspaziergängern zum größten Montagsspaziergang der deutschen Geschichte vereinigen. Wir hörten: Um 14 Uhr rund um den Bundestag solle es losgehen.

Auch für: Michael Ballweg, der ohne Anklage in Stammheim isoliert wird.

♡-lich
Sodenkamp Lenz

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Maske und Mode

EINWURF *von Werner Köhne*

Die Mode inszeniert nach Meinung des Philosophen Jean Baudrillard in bestimmten Rhythmen eine Wiederkehr des Gleichen, in der jedoch das Vergangene entwirklicht wird, ja zum bloßen Zeichen verkümmert.

Sie bezieht ihre Frivolität – ihren Kick und ihre Respektlosigkeit gegenüber der Erinnerung - aus der Virtualität und ihre Modernität aus dem Déjà-vu, dem »schon mal dagewesen«. Ist dies mehr als eine postmoderne Spekulation? Allerdings; man denke da nur an die zerfransten und bewusst zerrissenen Jeans, die seit längerem »in Mode« sind und ihren meist betuchten Trägern eine Art Design-Identität verschaffen.

Dabei schöpfen sie aus einer vergangenen Zeit, in der Arbeiter in den USA solche zerrissenen Hosen trugen, solange es eben ging. In den 1960er Jahren wurden dann die Jeans zunächst zum Symbol eines anderen Lebensstils, tief eingreifend in das Verhältnis junger Frauen und Männer, wobei dann bis heute die Frauen gar die Jeans zu ihrer zweiten Haut machten, eine Revolution in der erotischen Selbstwahrnehmung. Doch diese Entfesselung des Eros wich später einer marktgerechten Simulation: Die Jeans wurden aus ihren Kontexten gelöst: eine Wiederverwendung allerdings fernab aller Scham, die Arbeiter noch empfanden, wenn sie einst mit zerrissenen Hosen zur Fabrik gingen.

»Ich weiß nicht, was soll das bedeuten«, fällt mir da ein Satz von Heinrich Heine ein, und ich denke an die »coronierte« Gesellschaft, vor allem an die, die auch heute noch selbst im Hochwald ihre Gesichter mit Masken verunzieren – aus Sicherheitsgründen und Trotz. Mich lockt diese Simulation wider Willen zu Bildern von Hieronymus Bosch, der maskierte Vögel und anderes Getier als Schreckenswesen aus der Hölle zeichnete, mit spitz geschnittenen Masken, auf die ich heute auch in der Straßenbahn treffe. Sind Corona-Masken nicht auch Instrumente einer Entwirklichung?

Noch interessanter aber erschiene mir das »Masken aufsetzen«, wenn es denn später mal, befreit von Verbissenheit und Schutzwahn »in Mode käme«. Führte das nicht zu einem mundanen Maskenball mit homerischem Gelächter?

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

MASKENBALL BEIM ABGESANG AUF DEN SOZIALSTAAT

Unabhängige Studien belegen: Die Zwangsmaske schützt nicht vor einer Corona-Infektion. **|** Von Markus Fiedler

Demokraten wissen: Keiner herrscht, wenn keiner gehorcht. Foto: Sandra Doornbos

Wenn sich etwas in den letzten zwei Jahren überdeutlich gezeigt hat, dann dies: Wenn staatliche Institutionen etwas von Dir wollen, bist Du gut beraten, wenn Du das Gegenteil davon machst. Besonders dann, wenn man Dir als Anreiz eine kostenlose Bratwurst vor die Nase hält.

Der Sozialstaat war einmal. Das Staatswesen ist von Soziopathen an allen wichtigen Stellen übernommen worden. Offenbar werden die Bürger des Landes Stück für Stück in einen permanenten Krankheitszustand oder in den Tod getrieben. Das was wir an dieser Stelle lediglich machen können, ist eine zusammenfassende Aufarbeitung des Wahnsinns. Heute fokussieren wir uns auf das Thema Masken.

Der Internetblog für Wissenschaft und Politik tkp.at hat jüngst in einem Bericht auf Basis mehrerer Studien nochmals klargestellt, dass Masken keinen signifikanten Einfluss auf die Übertragung von Viren und Infektion mit selbigen haben. Dies ist vor einigen Jahren auch schon für den bezüglich des Übertragungsweges eng verwandten Influenzavirus nachgewiesen worden. Warum hat man sich vor dem zwangsverordneten Maskentragen nicht einmal dieses gesicherte Wissen angesehen? Absicht oder Versehen?

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Studien, die eine angebliche Effektivität des Maskentragens propagieren, häufig nur Simulationen sind oder Messungen unter Laborbedingungen und nicht unter lebensnahen Umständen durchgeführt wurden. Die Krönung war dabei eine Studie von Chan, Yuan und Zhang et al. mit dem Titel »Surgical Mask Partition Reduces the Risk of Noncontact Transmission in a Golden Syrian Hamster Model for Coronavirus Disease 2019 (Covid-19)«

NUR PSEUDO-STUDIEN PROPAGIEREN WIRKSAMKEIT

Das Robert-Koch-Institut nutzte unter anderen diese Studie als Quelle für folgende steile These im epidemiologischen Bulletin 22/2021 vom 3. Juni 2021: »Verschiedene Studien legen den Nutzen von Masken nahe, da sie zur verminderten Aufnahme und Abgabe von infektiösen Tröpfchen über die Atemwege führen und so vor allem auch Übertragungen durch präsymptomatische Sars-Cov-2-Träger*innen reduzieren können.« Dass auch die verminderte Aufnahme von infektiösen Tröpfchen trotzdem zu einer Infektion führt, war den Autoren dabei wahrscheinlich nicht klar.

Zum absolut lebensfernen Versuchsaufbau der genannten Arbeit ist folgendes zu lesen: »Methoden: Wir haben ein etabliertes Sars-Cov-2-Modell des syrischen Goldhamsters verwendet. Wir platzierten Sars-Cov-2-belastete Indexhamster und naive Hamster in geschlossenen Systemeinheiten, die jeweils aus zwei verschiedenen Käfigen bestehen, die durch eine luftdurchlässige Trennwand aus Polyvinylchlorid mit unidirektionalem Luftstrom innerhalb des Isolators getrennt sind. Die Wirkung einer zwischen den Käfigen platzierten chirurgischen Maskentrennwand wurde untersucht. Neben der klinischen Bewertung wurden Hamsterproben auf Viruslast, Histopathologie und virale Nukleokapsid-Antigenexpression getestet.« (Maschinelle Übersetzung aus dem Englischen)

Diese Arbeit wird allen Ernstes als Begründung zur Effektivität des Maskentragens herangezogen. Dass in der Praxis ein großer Anteil der ausgeatmeten Luft an der Maske vorbeiströmt, wird vollkommen unberücksichtigt gelassen. Auch dass dieses Idealmodell eine Vireninfektion durch Aerosole von 66 Prozent ohne Filterung auf lediglich maximal 16 Prozent reduzieren konnte, beweist, dass die Masken nicht ausreichend gegen Virenpartikel abschirmen. Der zwingenden Befeuchtung der Maske durch die Atemluft des Trägers wurde ebenfalls nicht Rechnung getragen, was zusätzlich eine Zurückhaltefunktion gegen Aerosoltröpfchen negativ beeinflusst.

Demgegenüber stehen zahlreiche Befunde, die das Maskentragen als unsinnige, ungeeignete und gesundheitsgefährdende Belastung ausweisen. Allen voran die Studie von einer Arbeitsgruppe um Prof. Walach. Diese Studien werden aber in den Medien maximal diskreditiert. Schöne neue Corona-Welt.

Dieser Text ist online auf demokratischerwiderstand.de/artikel/ und auf apolut.net inklusive aller Fußnoten und Quellenangaben zu lesen.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG

THROMBOSEMITTEL WERDEN KNAPP

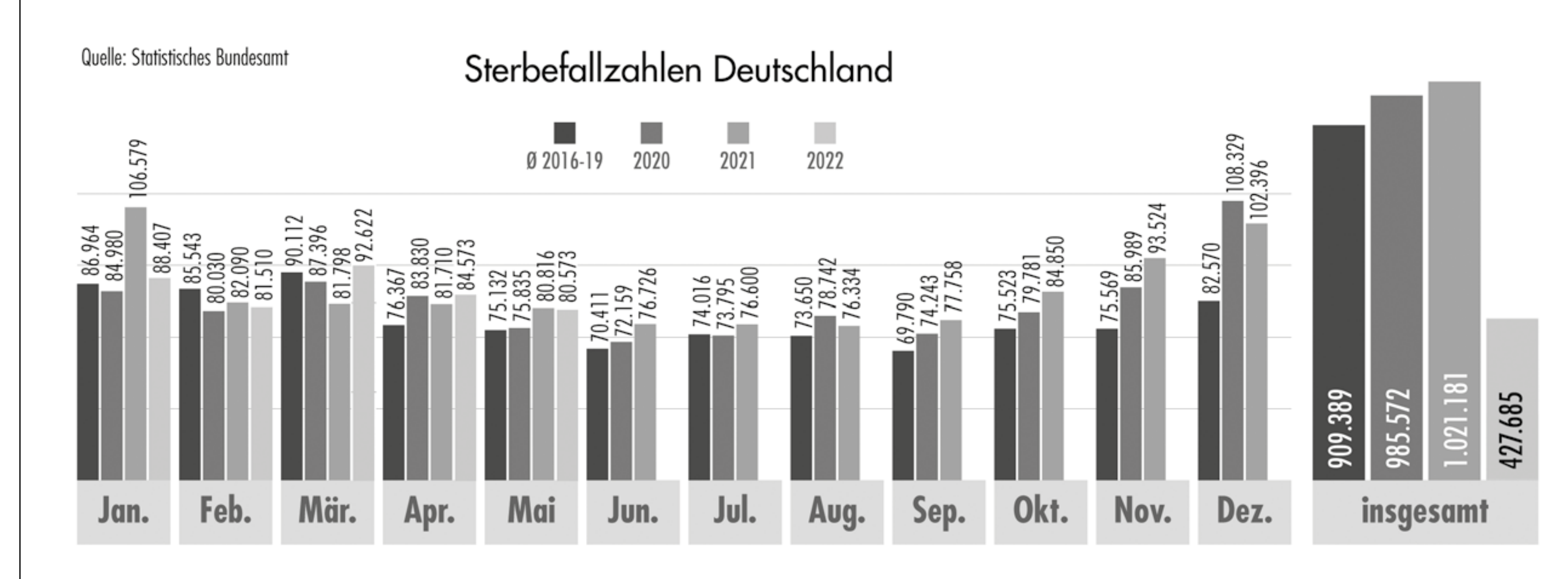
Ingelheim am Rhein/DW. Deutschland und anderen europäischen Ländern gehen die Thrombolytika aus. Die Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG veröffentlichte bereits am 27. April 2022 einen Brief, in dem sie darauf hinwies, dass die benötigten Stoffe Actilyse und Metalyse nicht mehr ausreichend produziert werden können, um den gestiegenen Bedarf zu decken. Der Mangel werde auch im Jahr 2023 fortbestehen. Ende Mai berichtete auch das Portal »Apotheker adhoc« davon. In den Hauptmedien fehlt hingegen jeder Hinweis. (fef)

WIEDER LOCKDOWN IN SHANGHAI?

Shanghai/DW. In der chinesischen Riesenmetropole Shanghai steigen wieder die »Corona-Fallzahlen«. Obwohl die täglichen Infektionszahlen im zweistelligen Bereich liegen (in einer Stadt mit über 26 Millionen Einwohnern), sind die Bewohner aufgrund der totalitären Zero-Covid-Politik der Regierung beunruhigt. Es herrscht die Angst, dass wie im April und Mai dieses Jahres wieder radikale Lockdown- und Isolationsmaßnahmen verordnet werden. Auch in China wächst der Unmut der Bürger, immer mehr Menschen zweifeln die wirtschaftsschädigende Hygiene-Politik der Regierung an. Vor allem sind Kleinunternehmer und Arbeiter im Niedriglohnsektor von den willkürlichen Maßnahmen betroffen. (ber)

WELTWEIT HUNGERN MILLIONEN MENSCHEN

Bonn/DW. Laut Angaben der Welthungerhilfe droht aktuell Millionen Menschen der Hungertod. Der starke Anstieg der Lebensmittelpreise führt dazu, dass sich die Krise in vielen Regionen verschärft. Insgesamt hungern 811 Millionen Menschen. Laut einer UN-Studie wären nur 14 Milliarden Euro – ein Bruchteil der weltweiten Ukraine-Hilfen – zusätzlich an Spendengeldern nötig, um den Welthunger bis 2030 komplett einzudämmen. (ber)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

DW-UMFRAGE VOR 1. AUGUST 2022: NEUN VON ZEHN MIT MODERNEN ZIELEN

DW/Berlin. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand fragte am Montag in der Online-Umfrage zum Großen Montagsspaziergang am kommenden 1. August:

»Was sind Ihre Forderungen? (Mehrfachantworten möglich.)« Bis Mittwoch 11:38 Uhr gingen exakt 1.500 Stimmen ein.

78 Prozent oder 1.178 Stimmen entfielen auf: »Sofortige Beendigung des Genspritzenregimes (»Impfungen«).

87 Prozent oder 1.306 Stimmen: »Sofortige Beendigung aller Corona-Maßnahmen!«

87 Prozent oder 1.313 Stimmen: »Öffentliche Aufarbeitung der zurückliegenden 2,5 Jahre Corona in ›Leitmedien‹, Behörden und Justiz!«

79 Prozent oder 1.194 Stimmen: »Sofortige Beendigung des Kriegskredits- und Aufrüstungsregimes!«

69 Prozent oder 1.047 Stimmen: »Sofortiger Austritt aus der Militärorganisation Nato!«

86 Prozent oder 1.294 Stimmen: »Sofortige Beendigung der Russland-Sanktionen und Handel im deutschen und europäischen Interesse!«

64 Prozent oder 971 Stimmen: »Verfassungserneuerung von unten mit Wirtschafts- und Sozialcharta (Frieden, Freiheit, Souveränität)!«

73 Prozent oder 1.098 Stimmen: »Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen!«

82 Prozent oder 1.238 Stimmen: »Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechts in Wortlaut und Sinn!«

13 Prozent oder 196 Stimmen: »Wiederherstellung des Deutschen Reiches!«

Am 1. August 2022 sollen Montagsspaziergänge und Demokratiebewegung erstmals zu einem »Großen Montagsspaziergang« verschmelzen. Im Vorwege wird den Bürgern von Regimemedien erneut unterstellt, sie verfolgten die Restitution der Monarchie in Deutschland (»Reichsbürger«).

Die Umfrage lancierte DW in der Telefon-Applikation »Telegram«, deren Nutzerschaft als vermehrt konservativ gilt. Dennoch entfielen nur 196 Stimmen auf die Monarchie. (ale)

WARNSTREIK DER HAFENARBEITER

Bremen/DW. Am Donnerstag, den 14. Juli 2022, haben in allen wichtigen deutschen Nordseehäfen Warnstreiks der Hafenarbeiter begonnen. Die Streiks seien laut ver.di bis zum 16. Juli geplant. Den größten Seehäfen Deutschlands droht somit wieder der Stillstand.

Die Protestler fordern unter anderem eine Erhöhung der Entgelte und einen Inflationsausgleich. (ber)

»Frieren für die Freiheit«

Russisches Öl – moralisch gereinigt in Indien. | KOMMENTAR von Luca Wagner

Das Zitat stammt vom umstrittenen früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck, Anfang März in der *Talkshow* Maischberger: »Frieren für die Freiheit.«

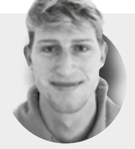
Eine Äußerung, die einem relativ leicht über die Lippen gehen dürfte bei einer monatlichen Pension von 18.000 Euro. Denn selbst bei einem bevorstehenden Öl- und Gasmangel dürften in diesem Falle bei Gauck noch genügend Scheine zum Einheizen der eigenen vier Wände zur Verfügung stehen.

Doch was bedeutet diese enorme Teuerung für den normal arbeitenden und verdienenden Menschen? Es ist ein absolutes Fiasko, welches rein politisch-ideologischer Natur ist, denn die *Pipeline* Nord Stream 2 ist randvoll mit russischem Gas im Wert von 500 Millionen Euro.

Unsere Politik setzt lieber auf amerikanisches *Fracking*-Gas – so umweltfreundlich wie ein Kometeneinschlag. Damit es herangeschafft werden kann, werden uns Tanker und Terminals fehlen. Oder man sucht Unterstützung bei unseren »Freunden« aus Saudi-Arabien, welche spätestens seit dem Fall Jamal Khashoggi für ihren Umgang und die Achtung freiheitlich-demokratischer Werte und des Lebens an sich bekannt sein dürften. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen rühmte sich noch Anfang März damit, wie hart die Sanktionen Russland treffen.

Doch nun steht der Rubel besser da denn je und Russland exportiert mehr Öl als vor Beginn des Krieges. Einen Abnehmer für das von Deutschland und der EU verschmähte Öl hat Russland in Indien gefunden, wo dieses nun raffiniert und als Fertigprodukt an Deutschland und die EU weiterverkauft wird. Mit einem Aufpreis für die »moralische Reinigung«, versteht sich.

So steuern wir also auf einen Winter zu, in welchem »die Armen und Alten in Hallen schlafen sollen, wenn bei Gasmangel die Wohnung kalt bleibt«, so zu lesen in der Bild! Ob diese Konsequenzen dann auch die edlen Damen und Herren der Politik und der *Mainstream*-Presse betreffen werden, bleibt abzuwarten. Meines Erachtens nach handeln diese mittlerweile so entfremdet von den Problematiken der Menschen in diesem Land, dass man davon nicht ausgehen sollte. So wird es auch im kältesten Winter im Bundestag in wohlig warmen Räumen zu vermeintlich aufgeheizten Debatten kommen.



Luca Wagner ist Student in Halle, Mitglied von stauf.org und aktiv in der Demokratiebewegung für Verfassungserneuerung.



Foto: Thomas Bresson

REVOLUTION IN FRANKREICH?

Zum französischen Nationalfeiertag: Landwirte, Pflegerinnen, Industriearbeiter und Gelbwesten vereinigten sich am Donnerstag in Paris. Steht Frankreich wie Deutschland vor der nächsten Revolution? Am 1. August in Berlin wird zum größten Montagsspaziergang auch mit der französischen Demokratiebewegung gerechnet.

Die Gelbwestenbewegung ist seit 2018 die zahlenmäßig größte und ausdauerndste demokratische Erhebung der französischen Geschichte. Sie folgte auf die gemäßigteren Bewegungen »Occupy Wallstreet« und »Nuit debout« (Aufrecht durch die Nacht). Zu den Gelbwesten (frz. Gilets Jaunes) zählen insbesondere verarmende Angestellte, Auszubildende, Handwerker und Arbeitslose, deren Interessen wie in Deutschland von den transatlantisch eingenordeten Gewerkschaften nicht mehr vertreten werden.

Der noch amtierende Staatspräsident Emmanuel Macron galt von Beginn an als Figur der Monopolkonzerne und der Nato, inauguriert, um die Demokratiebewegung im Lande kleinzuhalten oder niederzuschlagen – abgefeimte Hetzblätter des Regimes wie etwa die Wochenzeitung Die Zeit jubelten in Deutschland: »Gut für Merkel: Frankreich hat einen starken Mann an der Spitze!«

Unter »Corona« zeigte sich die Gelbwestenbewegung zunächst irritiert, organisierte sich dann aber nach dem Vorbild der deutschen Demokratiebewegung (seit 28. März 2020) dezentral mit »Hygienespaziergängen«. Vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurde klar, dass das Macron-Regime in Paris ein weiteres Mal mit paramilitärischen Polizeimaßnahmen aufwarten würde und sich Frankreich de facto in einem »asymmetrischen Bürgerkrieg« eines kleinen Zentrums (politmediale Kaste) gegen die gesamte industrielle und landwirtschaftliche Peripherie befindet, wie der weltberühmte Schriftsteller Michel Houellebecq ausführte. (ale)

DW wird mit Korrespondent und Fotograf Hannes Henkelmann in der kommenden Ausgabe #DW98 aus Paris berichten. – Auf dem Bild: Gelbwesten am 1. Dezember 2018 in Belfort. (ale / Foto: Thomas Bresson)

+++ KURZ VOR REDAKTIONSSCHLUSS +++



Foto: Susanne Raz.

FÜR EINE SERIÖSE BERICHTERSTATTUNG UND EINEN ECHTEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK IM SINNE DER BÜRGER DEMONSTRIERTEN DEUTSCHLANDWEIT HUNDERTE AM DONNERSTAG-VORMITTAG.

Auf dem Bild oben: Demo vor dem SWR-Gebäude in Freiburg im Breisgau.
Auf dem Bild unten: Demo vor dem Rheinpfalz Zeitungsgebäude in Landau.



Foto: Leuchtturm ARD



»Frieren für die Freiheit« oder doch lieber Kriegstreiber stoppen? Foto: Sandra Doornbos

Dekadenz des Untergangs

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Waren es Kriege, soziale Unruhen, oder schlicht ein moralischer Verfallsprozess, der das weströmische Reich vor rund 1.500 Jahren in der Unbedeutsamkeit verschwinden ließ?

Ich bin davon überzeugt, dass es sich um Letzteres handelte. Macht und Wohlstand sorgten dafür, dass ein immer fortschreitender Werteverlust die römische Gesellschaft schwächte. Dieser schleichende Verfall wiederum zersetzte nach und nach ökonomische Macht und militärische Stärke. Nicht ohne Grund spricht der Volksmund bis heute von römischer Dekadenz, wenn er den Niedergang einer Kultur beschreibt. Die Wortschöpfung leitet sich aus dem Lateinischen »decadere« ab, was so viel wie »verfallen« oder »hinabsinken« bedeutet. So viel zur Geschichte.

Kommt Ihnen das Ganze auch so bekannt vor? Den deutschen Werteverfall und drohenden Untergang verdanken auch wir den heutigen »Wohlstandsverwahrlosten«. Ein sprachlicher Versuch, jene Spezies pointiert zu beschreiben, die uns mit Unwissenheit, mangelnder Erfahrung, begrenzter Aufnahmekapazität und einer gehörigen Portion Arroganz eine neue Lebensrealität aufzwingen will, die lediglich die pervertierten Vorstellungen einer kleinen Elite widerspiegelt, keinesfalls die Interessen normaler Menschen. Die Entwicklung der moralischen Umerziehung treibt seit geraumer Zeit äußerst bizarre Blüten, stellt bekannte Begriffe und damit verbundene Werte und Lebensweisen auf den Kopf, verunsichert Menschen bis zur geistigen Kapitulation. Mit der inszenierten Corona-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine, und der Klimaerzählung galoppieren wir im Eiltempo auf den selbstgemachten Abgrund zu. Denn was kommt nach »Impfen für die Freiheit«, »Frieren gegen Putin« und »Waffen für den Frieden«? Vielleicht »Hungern für die Reichen«? Was kommt nach 2G, der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Ungeimpften, der Vereinsamung von Alten in Heimen? Was kommt nach der ewigen Maskenpflicht, der Vermummung von Kindern, die keine Gesichter mehr lesen können und selbst ganz stumm geworden sind?

FEUDALE PARTYS, DARBENDES VOLK

Ich sage es Ihnen: Nichts ist mehr unvorstellbar. Wir stecken mittendrin im moralischen Morast, im Sittenverfall, im kulturellen Untergang. Während immer mehr Menschen ihren Lebensunterhalt in diesem Land nicht mehr selbst finanzieren können – aufgrund von selbstgemachten Krisen – feiert eine abgehobene Politiker-Clique feudale Partys. Ich spreche von der Hochzeit unseres Finanzministers Christian Lindner, bei der sich sämtliche Politiker ein Stelldichein in gaben und das Sicherheitspersonal vom Steuerzahler finanziert wurde.

Und kommen Sie mir bitte nicht mit der abgelutschten Neiddebatte. Nein, ich bin nicht neidisch auf diese steifen gesellschaftlichen Treffen, auf anstrengende *Small-Talks*, auf glatte Visagen in zu engen Kleidern. Ich habe lediglich noch ein Restgefühl von Anstand und Redlichkeit, was man von unserer Regierung und großen Teilen der Abgeordneten bei weitem nicht mehr sagen kann. Und es geht mir auch nicht um diese eine Hochzeit, sondern um die Metapher, die Botschaft, die mit der gesamten Inszenierung einhergeht. Friedrich Merz, CDU-Vorsitzender, kam mit seinem Privat-Flieger nach Sylt gejettet, Kanzler Olaf Scholz (SPD) war auch da, dieses Mal sogar im Anzug. Auf eine Frage bei einem Bürgerdialog, ob die Feier und das ganze Drumherum nicht unpassend in dieser Zeit seien, sagte Scholz ironiefrei: »Das Schönste im Leben ist die Liebe. Und wenn zwei sich finden und heiraten wollen, sollte man ihnen nicht allzu viel reinreden. Und ich glaube, das gilt auch in diesen Zeiten.«

Was wollen Sie von dieser Art Menschen noch erwarten? Sie leben auf unsere Kosten, lassen uns bewusst ausbluten und lachen uns dabei ins Gesicht. Gerade hat sich Scholz selbst mit seinen Kollegen noch die Diäten erhöht. Keiner von den »Volksvertretern« wird Hunger leiden, frieren oder auf irgendwas verzichten müssen. Sie warten vielleicht noch auf ihren Bonus von Klaus Schwab für außerordentliche Dienste im Namen des *Great Reset*? Und schon bald könnte es wieder heißen: »Wenn sie kein Brot haben, dann sollen sie doch Kuchen essen!« Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.


Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Der Gerichtsmarathon

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

In der vergangenen Woche hatte ich in zwei Berufungsverhandlungen zwei regelrechte Marathonläufe zu absolvieren.

In Nürnberg und Karlsruhe ging es einmal mehr um das Versammlungsrecht und den Versuch der Strafverfolgungsbehörden, entsprechende Exempel zu statuieren. Beide Verfahren wurden in erster Instanz – ohne mein Zutun – verloren. Zu Beginn beider Hauptverhandlungen regte ich eine Einstellung der Verfahren wegen allzu großer rechtlicher Bedenken an, dem sich die Gerichte nicht verschlossen. Allerdings zeigten die noch sehr jungen Vertreter der Staatsanwaltschaft kein Erbarmen. Es sollte unbedingt verhandelt werden. In Nürnberg wurde das Verfahren nach fast acht Stunden dann unterbrochen. Hier meinte die Staatsanwältin doch allen Ernstes, dass Versammlungsrecht wäre wegen der Ansammlungsverbote in der Corona-Verordnung gar nicht anwendbar und böte daher keinen Schutz. Eine schier abwegige rechtliche Einschätzung. Es soll ja Kollegen geben, die in diesem Zusammenhang den Begriff »Quatsch-Jura« verwenden könnten. Das ist jedoch nicht mein Stil.

In der »Stadt des Rechts« traf ich dann auf einen mir bekannten und ebenfalls sehr jungen Staatsanwalt, der eine Einstellung genauso vehement ablehnte. Nach den vorhersehbar unergiebigen und teils sehr tendenziösen Aussagen der Polizeibeamten sah er aber seine Felle davonschwimmen und wollte dann nach fast sieben Stunden Verhandlung dann doch einer Einstellung zustimmen. Die Mandantin, der vorgeworfen wurde, die Ordner ihrer Versammlung nicht im Griff gehabt zu haben, da einige die verordnete Maskenpflicht nicht einhielten, zeigte aber Mut und pochte auf einen Freispruch. Und dieser kam dann auch aus tatsächlichen Gründen. Für das Fehlverhalten einiger weniger konnte die Versammlungsleiterin nicht kausal haftbar gemacht werden, da diese durchaus Versuche unternommen hatte, ihre Ordner in den Griff zu bekommen.

So wurde ein kleiner Sieg pro Versammlungsrecht in Karlsruhe nach fast neun Stunden Verhandlung gefeiert, was für mich den fünften Freispruch im fünften Verfahren in dieser schönen Stadt bedeutete. Ich komme also gerne wieder.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



FREIER DEBATTENRAUM ODER MAULKORB?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Als Anwalt könnte ich jetzt das Skandalurteil des Bundesverwaltungsgerichts in Sachen Impf-Duldungspflicht bei der Bundeswehr kommentieren. Allerdings habe ich schon lange die Lust verloren, Urteile von Schauprozessen zu kommentieren, deren Ergebnis im Vorfeld feststeht. Die obersten Gerichte stützen das Covid-Regime, koste es was es wolle.

Vorgefertigte Meinungen, gibt es die eigentlich nur im System oder auch innerhalb unserer Bewegung? Die Demokratiebewegung trat einst auch für Meinungsfreiheit, Toleranz und einen offenen Debattenraum an. War das ernst gemeint oder handelte es sich nur um leere Worte? Wenn ich mir die Reaktionen vieler auf Kritik und Verbesserungsvorschläge anschaue, dann habe ich ernste Zweifel an einer offenen Debattenkultur.

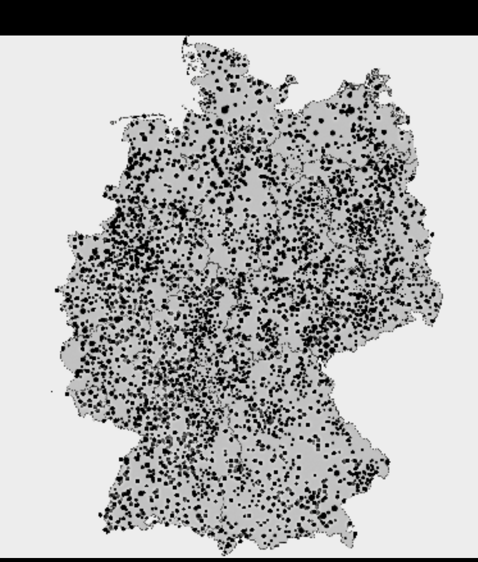
Wer eine andere Meinung vertritt oder am Heldenstatus mancher Protagonisten rüttelt, der gilt als Spalter und wird zum Feind erklärt. Wenn man unsinnige Projekte mit fundierten Argumenten kritisiert, dann möchte es niemand hören. So sehr ich das Bedürfnis der Menschen nach Einigkeit und Übereinstimmung verstehe, so falsch ist es, im Außen eine faktenbasierte Politik zu fordern und im Innen jegliche Kritik abzulehnen.

Man kann darüber diskutieren ob es sinnvoll ist, mit jedem zusammenzuarbeiten, jedes Projekt unabhängig von seiner Sinnhaftigkeit und angesichts der begrenzten Ressourcen zu unterstützen. Es ist allerdings ein untragbarer Zustand, wenn mal Maulkörbe und Denkverbote erteilt oder offener Diskurs verweigert wird. Ich werde sicherlich nicht die »Fresse halten«, nur weil dies wer auch immer fordert. Ich werde weiter meine Meinung sagen und solange mich niemand argumentativ davon überzeugt, dass Kritik im Einzelfall mehr schadet als nützt, werde ich diese weiter üben. Dieser Weg ist steinig und schwer, aber es ist der einzige Weg, den ich gehen werde.

Die Heldenverehrung der – meist männlichen – Protagonisten innerhalb der Bewegung darf nicht dazu führen, dass sich Menschen nicht mehr trauen, den Mund aufzumachen. An diesem Punkt sind wir allerdings im Moment, was ich aus vielen persönlichen Gesprächen weiß. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten, das sollte auch für uns gelten.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG
ALTDÖBERN, 19 Uhr, Marktstr. 9 –ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – BAD LIEBENWERDA, BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche – EISENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ELSTERWERDA, 18:30 Uhr, am Markt – HALBERSTADT, 19 Uhr, Domplatz – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – HILDBURGSHAUSEN, 19 Uhr, an der Wacholderschänke – HOHENMÖLSEN, 18 Uhr, am Rathaus – IDSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KROFDORF-WETTENBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – MELSUNGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MICHELSTADT, 18 Uhr, auf dem Bienenmarktgelände – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSCHERSLEBEN, 18 Uhr, Marktplatz – OSTERBURG, 17 Uhr, am Bahnhof – SCHMALKALDEN, 19 Uhr, Altmartk – SONDERSHAUSEN, 18 Uhr, Innenstadt – STRALSUND, 18 Uhr, Olaf-Palme-Platz – WITTENBURG, 18:30 Uhr, auf dem Marktplatz – ZEULENRODA, 19 Uhr, Marktplatz – ZIEGENRÜCK, 19 Uhr, an der Bushaltestelle-Saalestr.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 16.7.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 16.7.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 16.7.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug
Sa, 16.7.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 16.7.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 16.7.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 16.7.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 16.7.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 16.7.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 16.7.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 16.7.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 16.7.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 17.7.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 17.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 17.7.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 18.7.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 18.7.2022 18-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 18.7.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 18.7.2022 17:30-20 Uhr	Hamburg, Winterhuder Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 18.7.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 18.7.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 18.7.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 18.7.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 18.7.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 19.7.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und Mittelstreifen der Schloßstraße	Schilderaktion
Di, 19.7.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 19.7.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 19.7.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 19.7.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 20.7.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 20.7.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 20.7.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 20.7.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 20.7.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 20.7.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 20.7.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 20.7.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 21.7.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 21.7.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 21.7.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 21.7.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 21.7.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 21.7.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 22.7.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 23.7.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 23.7.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 23.7.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 23.7.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 23.7.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 23.7.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 23.7.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 23.7.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 23.7.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 17.7.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug
So, 17.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 17.7.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Sa, 30.7.2022 14-19 Uhr	Berlin, am Bundestag	Umzug
Sa, 30.7.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 1.8-7.8.2022 14-20 Uhr	Berlin, am Bundestag	Umzug
Sa, 6.8.2022 14-22 Uhr	Berlin, Mauerpark	FRIEDENSFEST
Mi, 17.8.2022 18-21:30 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 20.8.2022 13-15 Uhr	Düsseldorf, Burgplatz	Demoaufzug
Fr, 9.9.2022 9-15 Uhr	Berlin, Platz der Republik	GROßDEMO
Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



DER BRANDBRIEF

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Bei dem Text handelt es sich um einen Auszug aus einem Offenen Brief, welcher an Verantwortliche im Bereich der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und in der Politik verschickt wurde.

Dieser Brief wurde auch durch den zweiten Vorsitzenden vom Polizisten für Aufklärung e.V. Bernd Bayerlein auf der Demo in Fulda am 9. Juli 2022 vorgelesen. Der vollständige Text ist auf der Internetseite *echte-polizisten.de* zu finden.

»Im Namen des Vereins halte ich es für dringend geboten, den folgenden Brandbrief an Sie zu schreiben: Der Geschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung hat in einem auf den 16. Juni datierten Dokument die Anfrage mit sehr besorgniserregenden Zahlen beantwortet: Allein im Jahr 2021 haben fast 2,5 Millionen Menschen wegen einer Nebenwirkung nach einer Covid-Impfung einen Arzt aufgesucht. Oder anders ausgedrückt: 4,1 Prozent der Geimpften hatten so heftige Impfreaktionen, dass sie sich in ärztliche Behandlung begeben mussten. Der entlassene BKK ProVita-Chef hatte also recht. Im gleichen Zeitraum wurden dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) lediglich 244.576 ›Verdachtsfälle mit Nebenwirkungen‹ gemeldet. Am gestrigen Donnerstag bestätigte das BVerwG in Leipzig in seinem mündlichen Urteil, für viele Prozessbeobachter nicht nachvollziehbar, die Impfpflicht für Soldaten. Trotz der massiven Untererfassung durch das PEI hegt das Gericht an der Neutralität des PEI und RKI keinerlei Zweifel. Die als Zeugen geladenen Vertreter der beiden Bundesinstitute hinterließen jedenfalls keinen souveränen Eindruck. Etliche Versäumnisse und Lücken taten sich während ihrer Anhörung auf. Der Evaluierungsbericht des vom Parlament berufenen Expertenrates zur Bewertung der Pandemie-Maßnahmen stellt der Regierung ein schlechtes Zeugnis aus.

Spätestens jetzt ist es an der Zeit, aktiv dazu beizutragen, diesem Wahnsinn die Stirn zu bieten. Schon aus Fürsorgegründen und auch zur Gewährleistung eines geregelten Dienstbetriebes sehe ich Sie in der Pflicht, die Covid-Impfstoffe gegenüber allen Bediensteten offen in Frage zu stellen und ausnahmslos alle mit den in diesem Schreiben enthaltenen Informationen und Quellen zu versorgen.«

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

FREISPRUCH VOM ZWANG, SICH IMPFEN ZU LASSEN

Ein Plädoyer anlässlich des Soldatenprozesses in Leipzig.
Von Frank Großenbach

Beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig haben sich zwei Offiziere gegen den Befehl gewandt, sich einen mRNA-Wirkstoff verimpfen zu lassen. Rechtsanwalt Frank Großenbach legt als Prozessbeobachter im DW dar, warum es als rechtens angesehen werden kann, die Impfstoffkonstrukte zu verweigern – auch wenn das Gericht die Beschwerden zurückgewiesen hat.

Ein Freispruch der Soldaten, oder jeder weiterer Beschwerdeführer, von der Impfpflicht kann sich darauf stützen, dass gegen zwingende gesetzliche Vorgaben verstoßen wird, weil erstens keine Zahlen vorliegen, die nach § 2 Ziff. 2 Infektionsschutzgesetz (InfSG) zu erheben gewesen wären (PCR-Test mit klinischer Diagnose eines Arztes), zweitens dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) keine Zahlen vorliegen, die eine Überprüfung der Impfstoffkonstrukte – so die Bezeichnung durch das Bundesverfassungsgericht – die nach § 13 Abs. 5 InfSG durch das PEI auszuwerten sind, drittens die Impfstoffkonstrukte keine Impfstoffe im Sinne des Gesetzes sind, wie das in § 4 Abs. 4 Arzneimittelgesetz zwingend vorgeschrieben ist.

DIE BEGRÜNDUNGEN IM DETAIL

Die PCR-Testfälle erfüllen nicht die Voraussetzungen, dass mit Tests ein akut vermehrungsfähiges Virus im Körper eines Menschen nachgewiesen wird (§ 2 Ziff. 2 IfSG). Dazu erklärte die Sachverständige Prof. Ulrike Kämmerer dem Gericht: Ein PCR-Test denaturiert die Probe, zertrümmert diese in allerkleinste Einzelteile, um das Ziel-Gen vermehren zu können. Ein Laborant kann deswegen aus einem positiven Vermehrungszyklus gar nicht ableiten, ob ein Virus vor der Zertrümmerung vermehrungsfähig war oder nicht. Bei einer Hühnersuppe lässt sich ja auch nicht sagen, ob das Huhn in der Suppe lebend oder tiefgefroren war.

Der § 2 Ziff. 2 IfSG soll die Menschen gerade davor bewahren, dass nur ein Test ohne Diagnose eines Arztes die Menschen zu Kranken macht. Und Gesunde können nicht krank machen. Dazu gibt es eine Studie mit fast zehn Millionen Probanden (sogenannte Wuhan-Studie). Dort wurde nachgewiesen, dass nicht ein einziger »symptomlos« infizierter Mensch jemanden im selben Haushalt angesteckt hat.

UNTERERFASSUNG DER NEBENWIRKUNGEN

Der Gesetzgeber hat die kassenärztlichen Vereinigungen verpflichtet, bestimmte ärztliche Codierungen, die auf Impfnebenwirkungen hindeuten, an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) zu melden (§ 13 Abs. 5 IfSG). Die Auswertung dieser Zahlen dient dazu, die Sicherheit der erstmals eingesetzten neuartigen mRNA-Wirkstoffe zu überprüfen. In der mündlichen Verhandlung in Leipzig hat der Vertreter des PEI, ein Kinderarzt mit seiner Abteilung von 21 Leuten, eingeräumt, dass diese Zahlen von den kassenärztlichen Vereinigungen aber tatsächlich gar nicht geliefert werden und deswegen auch nicht ausgewertet würden.

Dazu wurde der Sachverständige Tom Lausen angehört, der eben einen Teil dieser Daten mit Hilfe des Vorstandes der BKK ProVita ausgewertet hat. Im Ergebnis ist deswegen von einer Untererfassung von Fällen beim Paul-Ehrlich-Institut von mindestens dem Faktor eins zu zehn auszugehen. Auf Nachfrage erklärt der Vertreter des PEI, dass sie erst einmal Personal einstellen müssten, wenn sie die knapp 2,5 Millionen Codierungen auswerten müssten, die jetzt erst vorgelegt wurden durch den Gesamtverband der kassenärztlichen Vereinigungen.



Die Regierung hält am Impfzwang fest – trotz wissenschaftlicher Beweise für die Schädlichkeit der mRNA-Gentherapie. Fotos auf dieser Seite: Sandra Doornbos

Auf Nachfrage erklärte der Sachverständige vom PEI, dass es nur einige »Prozeduren« gäbe, mit denen Proben untersucht werden, die von den Herstellern zugesandt würden. Mikroskopische Untersuchungen der Chargen gibt es demzufolge nicht und ein Raman-Mikroskop zur Spektralanalyse würde das PEI gar nicht besitzen. Bei der Statistik alle zu erwartenden Todesfälle zugrunde gelegt und mit den Verdachtsmeldungen des PEI in Relation gesetzt werden. Der Sachverständige Kuhbander hatte die Sachverständige des PEI gefragt, ob es korrekt sei, dass das PEI selbst bei 75.000 gemeldeten Todesfällen mit Verdacht auf einen Impfzusammenhang behaupten würde, dass der Impfstoff sicher sei, die Antwort: »Das ist korrekt«. Es ist einfach unfassbar, dass das PEI die Sicherheit des Impfstoffes selbst bei 75.000 Verdachtsfällen annimmt.

IMPFSTOFF MUSS SCHUTZSTOFF ERZEUGEN

Die gesetzliche Grundlage, was ein Impfstoff nach deutschem Recht zu leisten hat, wird definiert in § 4 Abs. 4 Arzneimittelgesetz (AMG). Das ist ein Schutzgesetz und soll Menschen vor schädlichen Auswirkungen durch Arzneimittel schützen. Alles, was dort nicht ganz konkret als Wirkmechanismus und als Substanz erlaubt wird, gilt als verboten. Im AMG steht: Ein Impfstoff hat einen Schutzstoff zu erzeugen im Menschen. Die mRNA-Wirkstoffe erzeugen im Menschen jedoch einen Schadstoff, ein körperfremdes Antigen, das Spike-Protein, das im Grunde wie ein Zellgift wirkt. Und erst über die Erzeugung eines Schadstoffes soll dann der Körper angeregt werden, die Antikörper herzustellen. Bei den vulnerablen Gruppen hat das aber überhaupt nicht geklappt, so dass in deren Körpern nur Schadstoffe erzeugt wurden, ohne eine Immunreaktion auszulösen.

LAUT ARZNEIMITTELGESETZ: KEINE IMPFSTOFFE

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat zwischenzeitlich bestätigt (EuGH Rs. T-96/21), dass die Genehmigung der mRNA-Wirkstoffe durch die Europäische Kommission die deutschen Gerichte in Bezug auf die Patienten nicht bindet, weil die Genehmigung nur zwischen EU-Staaten und dem Pharma-Hersteller besteht. Jedermann darf sich deswegen darauf berufen, dass es sich bei den mRNA-Wirkstoffen nicht um Impfstoffe nach dem deutschen Arzneimittelgesetz handelt. Es gibt keinen sonstigen Impfstoff, der erst im Körper der Menschen Antigene erzeugt. Dazu wurde vom Gericht auch Prof. Sucharit Bhakdi befragt, der bestätigt hat, dass diese mRNA-Wirkstoffe eben auch aus medizinischer Sicht keine Impfstoffe sind.

KOHORTENSTUDIEN DURCHFÜHREN

Die Epidemiologie sollte zwei Kohortenstudien sorgfältig begleiten: Eine Million geimpfte Personen ab Tag eins der Impfung, und eine Million ungeimpfte Personen werden gegenübergestellt. Die gesundheitliche Entwicklung beider Kohorten wird regelmäßig abgefragt, wie bei einer Meinungsumfrage üblich. Zwischendurch und nach Jahren wird Bilanz gezogen: Geht es den Menschen mit oder denjenigen ohne Injektion gesundheitlich besser?

Alles komplizierte Nachdenken, kausal oder nicht kausal, die vielen Einzelfalluntersuchungen, die pathologischen Befunde, die Erzählungen der vielen Leidtragenden – all das wäre mit Kohortenstudien nicht mehr erforderlich. Es wäre ganz einfach und überzeugend. Sowohl für die Impfbefürworter aber auch die Impfkritiker.

Es wird seit Dezember 2020 ein Gentherapeutikum verimpft, das nur bedingt genehmigt wurde und demnach also besonders intensiv zu überwachen wäre. Und dennoch gibt es solche Kohortenstudien nicht. Stattdessen werden Milliarden von Steuergeldern für Tests, Masken und Folgen der Maßnahmen ausgegeben, deren Wirksamkeit aufgrund fehlender Daten ebenfalls nicht überprüft werden kann.

Die Schlussfolgerung aus alldem, gerade auch für die Soldaten und die Betroffenen in den Gesundheitsberufen: Diese Impfstoffkonstrukte dürfen ab sofort nicht mehr verimpft werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat zur erneuten Überprüfung einer Impfpflicht das Tor weit aufgemacht: Die Wirksamkeit und die Nebenwirkungen der »Impfstoffe« sind jeden Tag erneut zu überprüfen.

»Das freie bürgerschaftliche Engagement wurde liquidiert«

Oder »Wie man Verfassung und Grundrechte lebendig hält« | Von Hannes Henkelmann

In Osnabrück treffe ich Herrn Polewsky. Ich spreche mit ihm über Rotgrün, die Corona Restriktionen und Remarque.



Thomas, seit Jahren politisch aktiv, setzt sich für die Umwelt und den demokratischen Diskurs ein.
Foto: Hannes Henkelmann

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!
Mein Name ist Thomas Polewsky. Ich lebe in Osnabrück, bin 74 Jahre alt, habe zwei erwachsene Töchter und bin pensionierter Lehrer.

Welche Fächer haben Sie unterrichtet?
Deutsch, Religion, Werte und Normen, Sozialkunde, Philosophie.

Sie waren eine Zeit lang in der Kommunalpolitik aktiv. Skizzieren Sie bitte mal Ihre Karriere?
Ich war immer schon politisch interessiert, speziell an der Kommunalpolitik wegen ihrer Nähe und Unmittelbarkeit. In Osnabrück habe ich 1978 die Grünen mitgegründet, war in den 80ern im Stadtrat und dort Fraktionsvorsitzender. Mit der Zustimmung von Rotgrün 1999 zum Jugoslawien-Krieg bekam ich meine ersten Bauchschmerzen und bin dann ausgetreten, als der grüne Parteitag – also die Parteibasis – 2001 meinte, Bomben auf Afghanistan zu werfen, sei in Ordnung.

Wie ging es nach dem Parteiaustritt weiter?
Die Politik hat mich nicht losgelassen. Ich habe mich als Bürger in vielen Gremien engagiert, speziell in der Verkehrspolitik, weil die in meinen Augen die entscheidende Stellschraube für eine ökologische Stadtentwicklung ist. Aber durch die Corona-Restriktionen wurde das freie bürgerschaftliche Engagement liquidiert. Treffen der verschiedenen Initiativen fanden nicht mehr statt. Und weil ich es gewagt hatte, die Corona-Politik in Frage zu stellen, eine Politik, die übrigens den gesamten öffentlichen Verkehr kaputtgemacht und viele Mitbürger wieder ins Auto gebracht hat, brachen meine Kollegen den Kontakt zu mir ab. Darüber hinaus packten sie mich in die rechte Schublade, obwohl wir jahrelang zusammengearbeitet hatten und sie meine politische Positionierung gut kennen. Das war menschlich enttäuschend.

Worin besteht Ihr lokales Engagement gegen die Corona-Politik?
Ich mache auf den Demos mit, und bin sehr dankbar, dass eine große Gruppe die Vorbereitung der Veranstaltungen Woche für Woche übernimmt und damit Verfassung und Grundrechte lebendig hält. Als die Oberbürgermeisterin unserer Stadt im Januar 2022 sich mit den Gegendemonstranten gemein gemacht hat, habe ich einen offenen Brief mit der Bitte initiiert, sie möge doch einen Runden Tisch einrichten, um die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden. Das Anliegen wurde erst von ihr und später auch vom Stadtrat abgelehnt. Aber wir lassen nicht locker und haben jetzt für die Region zu einem offenen Dialog aufgerufen (www.offenerdialog-os.de), ernten aber immer noch viel Gesprächsverweigerung.

Wie sieht Ihre Prognose für den Herbst aus?
Ich fürchte, es kann sich alles wiederholen. Der Angst-Minister Lauterbach trommelt nach wie vor in diese Richtung. Und wenn der Kanzler erklärt, Schulschließungen vermeiden zu wollen, so könnte das auch der Hebel sein, um die Impfung der Kinder durchzudrücken.

Zum Schluss noch eine Frage zum zweiten großen, spaltenden Thema, dem Ukraine-Krieg?
Die Parallele zu Corona ist offensichtlich. Es gibt auch hier einen extrem engen Meinungskorridor und eine Diffamierung jener, die zu Besonnenheit und Analyse aufrufen und die Versäumnisse des Westens mit in den Blick nehmen wollen. Es gibt den Krieg in der Ukraine schon seit 2014, als die Regierung in Kiew die Bürger im Donbass zu Terroristen erklärt hat, um damit ihre Bombardements zu rechtfertigen. Laut dem Abkommen »Minsk II« sollten diese Regionen mehr Autonomie bekommen, das haben Kiew und die Garantiemächte Frankreich und Deutschland schlicht ignoriert. Die Friedenspolitik wurde abserviert. Wer aber jetzt die Schuldfrage stellt, betreibt Schulhoflogik: »Der hat angefangen!«

Nach der Auflösung des Warschauer Pakts und der Wiedervereinigung wäre eine neue europäische Sicherheitsarchitektur möglich gewesen, nur war das von Washington wohl nicht gewollt. Und wenn ich Frau Annalena Baerbock und Herrn Omid Nouripour von den Grünen davon reden höre, es dürfe keine Kriegsmüdigkeit aufkommen – was ja nichts anderes als Kriegstreiberei ist – fällt mir ein Zitat des in Osnabrück geborenen Schriftstellers Erich Maria Remarque ein: »Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.«



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Sehr geehrter Anselm Lenz! Sehr geehrte Redaktion! Ich habe eine der ersten Ausgaben des DW von dir, lieber Anselm, persönlich auf der Großdemo am 1. August 2020 in Berlin entgegengenommen – kurze Zeit später wurde ich Abonnent. Ich halte eure Zeitung für sehr lesenswert und wichtig sowohl im Kampf zur Wiedererlangung von Pressefreiheit und Demokratie in unserem Land und weltweit als auch zur Dokumentation der Verbrechen und deren Aufklärung, um sie eines Tages vor die Gerichte bringen zu können. Hier habe ich einige Anregungen beziehungsweise Verbesserungsvorschläge. 1) Preis der Republik: Die komplette Aufzählung der bisherigen Preisträger geht zu Lasten des Platzes für die Würdigung der aktuellen. 2) Auf die Demotermine kann man auch über das Internet hinweisen. 3) Die letzte Seite mit unserem Grundgesetz ist ebenso verzichtbar, man kann es sich an die Wand heften, Neuabonnenten könnte man es mitschicken. 4) Das »I« im WIDERSTAND könnte missverstanden werden, auch von den Staatsorganen: »Ich erkenne dort eine Waffe«. 5) Vielleicht ist auch eine Zusammenarbeit beziehungsweise gegenseitige Vernetzung mit der Wochenzeitung »Junge Freiheit« beziehungsweise deren Verlag sinnvoll. Zu 1) bis 3): Auf diese Weise würden zwei ganze Seiten für mehr redaktionelle, informative Inhalte frei! Mit freundlichen Grüßen. – Karin H.

VERGIFTUNGSERSCHEINUNGEN

Liebes Team! Ich möchte wieder mein Abo verlängern ab dem 9. Juli für die nächsten fünf Ausgaben. Inzwischen lesen auch vom Haus nebenan die Nachbarn mit großer Begeisterung eure Wochenzeitung. Ich hatte die neulich darauf aufmerksam gemacht. Obendrein hat kürzlich ein Freund von mir zum Verteilen 200 Ausgaben bei euch bestellt. Er bezahlte und ich verteilte die Zeitungen, damit weitere Menschen diese kennenlernen. Inzwischen gibt es immer mehr Impfschäden, die sich auf Dauer nicht mehr unter den Teppich kehren lassen. Ich bin froh, weil ich von Anfang an nicht mitgemacht habe. Bei mir wurde auch mal vom Heilpraktiker ein Impfschaden festgestellt. Der wird natürlich nicht registriert mit allen Ausreden. Inzwischen sind sehr viele betroffen, da muss alles auf den Tisch und die Verharmloser zur Verantwortung gezogen werden. Verantwortung übernehmen: Das ist Solidarität für Impfgeschädigte. Liebe Grüße von eurem Leser. – Klaus L.

Müssen wir uns vor dem Bärenmarkt fürchten?

Halten Kurseinbrüche an der Börse und anderen spekulativen Märkten länger an, kann es zu unliebsamen Lähmungen der Realwirtschaft kommen. | Eine EINSCHÄTZUNG von Oliver Harms

Seit Jahresbeginn 2022 befinden sich Vermögenswerte verschiedener Asset-Klassen weltweit scheinbar in freiem Fall. Nachfolgend einige Beispiele vom 30. Juni 2022: Dow Jones minus 15 Prozent, NASDAQ minus 29 Prozent, DAX minus 18 Prozent, Kryptowährungen (Bitcoin) minus 59 Prozent, Silber minus 10 Prozent. Der Goldpreis hat sich dagegen als stabil erwiesen.

Wesentliche Auslöser dürften die angekündigten und zum Teil bereits durchgeführten Zinserhöhungen der Notenbanken Federal Reserve (FED) in den USA, der Bank of England sowie der Europäischen Zentralbank sein. Zinserhöhungen sind allerdings Gift, weil festverzinsliche Anleihen ein risikoloses Einkommen darstellen im Vergleich zu Investments in Aktien, die wesentlich größeren Marktpreisschwankungen ausgesetzt sind. Je attraktiver ein Investment in Anleihen wird, umso unattraktiver wird die Aktie. Anleger wechseln dann von einer Asset-Klasse (Aktien) in eine andere Klasse (Anleihen), da sich ihre Chance-Risiko-Einschätzungen entsprechend verändert haben.

Gleichzeitig bergen Zinserhöhungen Gefahren für diejenigen, die ihre Aktien auf Kredit gekauft haben. Ihre Finanzierungskosten steigen und wenn Befürchtungen auf weitere Kursverluste einsetzen, verkaufen Aktieninvestoren ihre Aktien, um die zuvor aufgenommenen Kredite bedienen zu können. Tun dies viele Anleger gleichzeitig, kommt es zu Kursrutschen. Dies konnte man in den letzten sechs Monaten immer wieder beobachten. Kommt es nun über einen längeren Zeitraum auf breiter Front zu Kurseinbrüchen, spricht man von einem Bärenmarkt. Problematisch ist die Bestimmung der Dauer eines Bärenmarktes. Es gibt jedoch keine Antwort auf diese Frage.

WIE LANGE DAUERT DER BÄRENMARKT?

Aufgrund vergangener Ereignisse kann man sagen, dass ein durchschnittlicher Bärenmarkt etwa sechs Monate dauert. Leider hat dieser errechnete Mittelwert keinerlei Aussagekraft für die Zukunft. Wenn sich nämlich auf dem Börsenparkett die Erkenntnis durchsetzt, dass man sich in einem Bärenmarkt befindet, würde niemand mehr eine Aktie kaufen, weil dies irrational wäre.

Tatsächlich steht auf liquiden Märkten bei jeder Verkaufstransaktion immer ein Käufer bereit, der eine bestimmte Aktie kauft. Und das sogar zu einem marktbedingten Preisabschlag von beispielsweise zwei Prozent an einem bestimmten Stichtag. Selbst im Falle eines »Börsencrashs«, wie am Schwarzen Freitag (der eigentlich ein *Black Tuesday* war) am 29. Oktober 1929, steht eine große Menge Verkäufer wenigen Käufern gegenüber. Der Käufer ist dabei stets der Auffassung, dass die Aktie nicht überbewertet ist, sonst würde er sie nicht kaufen.

Betrachten wir zwei Beispiele: Die Baisse an der Wall Street dauerte fast drei Jahre. Vom Herbst 1929 und einem Indexstand von 331 Punkten fiel der Dow Jones bis Sommer 1932 auf 41 Punkte. Wer in diesem sehr langen Zeitraum in den Markt investierte, verbrannte sich sehr wahrscheinlich die Finger. Niemand konnte im Herbst 1929 wissen, dass der Spuk erst in drei Jahren vorbei sein würde.

Ein anderes Beispiel: Im März 2000 platzte die Internet-Blase. Viele *Investments* in »e-commerce« und zum Teil absurd unseriöse Geschäftsmodelle lösten sich in Luft auf. Davon blieb der Leitindex DAX ebenfalls nicht verschont. Der DAX hatte damals einen Höchststand von knapp über 8.000 Punkten erreicht und stürzte anschließend ab. Viele deutsche Top-Unternehmen wie die Allianz, die Deutsche Bank, aber auch Bayer mussten erhebliche Kurseinbußen hinnehmen.

Eineinhalb Jahre später folgte mit dem 11. September 2001 ein weiteres Ereignis, das Gift für die Börsen war. Der Bärenmarkt, der im März 2000 begonnen hatte, endete erst volle drei Jahre später im März 2003, mit dem amerikanischen Angriff auf den Irak. Dieser Angriff sorgte für »klare Verhältnisse« und war ein Zeichen für den Stimmungsumschwung. Die Börsen schnellten ab dem Zeitpunkt mit Lichtgeschwindigkeit nach oben. Bis zu dem Zeitpunkt hatten sie aber gut drei Viertel an Wert verloren.

Beide Beispiele zeigen, dass es nach einer kurzen Börsenpanik kein reinigendes Gewitter gab mit einem anschließenden Aufschwung. Im Gegenteil. Eine mehrjährige Baisse erweist sich häufig als quälend langwieriger Prozess, dessen Ende niemand vorhersehen kann. Genau das macht den Bärenmarkt so gefährlich.

GEFAHREN FÜR DIE REALWIRTSCHAFT

Bärenmärkte sind mit erheblichen Auswirkungen auf die Realwirtschaft verbunden. Regelmäßig führen sie zu Unternehmensinsolvenzen wegen Überschuldung und zu einer stark steigenden Arbeitslosigkeit. Privathaushalte haben zudem unter Vermögensverlusten zu leiden, da ihre Wertpapierdepots »verbrannten«. Letzteres dämpft den Konsum. Es gibt daher keine Entkoppelung der Realwirtschaft von den Finanzmärkten.

Was bedeuten diese Erkenntnisse für die Gegenwart? Wir befinden uns in einem Bärenmarkt, dessen Ende nicht absehbar ist. Es kann ein mehrjähriger Prozess sein, der erhebliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft hat. Diese Auswirkungen sind umso größer, je länger die Baisse andauert. Es gibt auch keine Garantie, dass eine bestimmte Aktie in Zukunft wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Ein Beispiel dafür sind die deutschen Banken. Weder die Aktien der Deutschen Bank noch die Aktien der Commerzbank haben jemals wieder ihre Höchststände des Jahres 2000 erreicht. Ein Blick auf die Kursentwicklung dieser Titel in den letzten 22 Jahren gleicht einem Gang in das Gruselkabinett.

Im Rückblick auf die ersten zwei Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts wird man später sinngemäß sagen: »im Zeitraum von 2022 bis 202X kam es zu einer fundamentalen Neubewertung der Märkte für Aktien, Anleihen, Edelmetalle und Kryptowährungen. Auslöser waren spekulative, kreditfinanzierte Exzesse, die ab Herbst 2021 durch eine zunehmend restriktivere Zinspolitik der amerikanischen Notenbank FED kontrolliert werden sollten. In der Folge kam es zu schweren Einbrüchen an den Märkten, die erst nach X Jahren endeten.«

DIE MARKTMACHER

Eine Gemeinsamkeit zwischen 1929 und 2022 gibt es. Damals wie heute war der Auslöser der Börsenpanik die amerikanische Notenzentralbank FED, die mit einer Reihe von Zinserhöhungen für Unruhe auf den Märkten sorgte.

Automatische Handelsprogramme arbeiten heute auf der Basis von Algorithmen. Diese suchen das Netz nach Informationen ab und platzieren auf der Basis dieser Informationen ihre Kauf- oder Verkaufsaufträge. Aber Algorithmen sind manipulierbar. Je häufiger diese Algorithmen im Netz auf Begriffe wie »Zinserhöhungen«, »Konjunktursorgen«, »Corona-Ausbrüche«, »Kriegsängste« und »Rohstoffkrisen« stoßen, umso größer wird die Neigung zu Panik und zum Verkaufsdruck. Diese Begriffe sind in den Medien allgegenwärtig. Es ist aber davon auszugehen, dass im Hintergrund manche Akteure mit gehorteter Liquidität auf weitere Einbrüche an den Aktienmärkten warten, um sich anschließend zu stark verbilligten Kursen einzudecken. Das war nach 1929 so und wird in diesem Jahrzehnt nicht anders sein.



Die Aktienkurse brechen ein, Kryptowährungen sind auch im Ausverkauf – aber wie lange noch?
Illustration: DW/Ute Feuerstacke

Sri Lanka und der Staatsbankrott

Seit Monaten toben auf dem Inselstaat massive Aufstände. Die Wirtschaft ist zum Erliegen gekommen. Die Regenten fliehen ins Ausland. | Von Hermann Ploppa

Die Bilder gingen um die Welt: Das Palais des Präsidenten Gotabaya Rajapaksa wurde von Hunderttausenden Demonstranten umzingelt. Im Swimmingpool und im Kraftraum des Präsidenten tummeln sich gewöhnliche arme Menschen. Währenddessen hockt und bibbert der Präsident im Luftwaffenterminal auf dem Bandaranaike-Flughafen und wartet darauf, dass die Behörden des Fluchtlandes Dubai seine Einreise genehmigen.

Es ist wie überall im indischen Kulturkreis: Eine Sippe beherrscht das Land für Jahrzehnte, mal der Bruder, dann vielleicht die Tochter oder die Witwe des Präsidenten. Die Rajapaksa-Sippe hat Sri Lanka in den Sand gefahren, nicht Putin, wie sich der US-Außenminister Antony Blinken aus den Fingern zu saugen wusste. Vor einigen Jahren wollten die Rajapaksas Devisen einsparen, indem sie den Import von Kunstdünger verboten. Die Bauern sollten von gestern auf heute auf Biodünger umsteigen – was natürlich so schnell nicht zu machen ist. Folge: Aufgrund von Missernten mussten sogar agrarische Fertigprodukte importiert werden. So blöd ist sonst nur unsere Bundesregierung.

VON UNGLÜCKEN GEPLAGT

Doch liegen bleischwere Hypotheken auf Sri Lanka. Zum einen leistete sich die Mehrheitsbevölkerung der Singhalesen einen 26 Jahre währenden Bürgerkrieg gegen die Minderheit der Tamilen. Zum anderen forderte ein verheerender Tsunami im Jahre 2004 insgesamt 45.000 Todesopfer. Als wenn das nicht schon genug wäre, zerbrach vor den Küsten Sri Lankas im Mai letzten Jahres ein Supercontainerschiff. Alle attraktiven Strände sind seitdem ruiniert. Die weltweit exerzierte Corona-Kampagne ließ den Tourismus auf der Insel komplett zusammenbrechen. Man muss bedenken, dass vor den Küsten Sri Lankas internationale *Trawler* das Gewässer leer gefischt haben. Die ansässigen Fischer wurden arbeitslos, und nach dem Tsunami wurden die Fischer zudem ins Hinterland verjagt, um an den Küsten Ferienressorts internationaler Hotelkonzerne zu errichten.

Als so genannte *Beach Boys* hatten sich die doppelt enteigneten Fischer gerade wieder eine Erwerbsquelle im Tourismus erschlossen – bis es den Herren dieser Welt einfiel, auch dieses Pflänzchen wieder zu zertrampeln. Andere Familien hielten sich damit über Wasser, dass sie an Tankstellen Benzin aufkauften und diese an der Straße in Cola-Flaschen mit bescheidenem Gewinn weiter verkauften. Auch dieser Notanker ist jetzt weg. Es gibt keinen Brennstoff mehr.



Werden die Mittelständler die Politik, die ihre Existenzgrundlage zerstört, weiter mittragen?
Foto: Sandra Doornbos

WOHIN GEHT DIE REISE?

Was also bleibt den Leuten anderes übrig, als unter Einsatz ihres Lebens den Sturz der vollkommen unfähigen Regierung zu betreiben? Nach der Flucht der Hauptverantwortlichen dieser Krise wollen sich nun alle Parteien zu einer Notregierung zusammenraufen. Hilferufe gehen in die ganze Welt. Dass die USA wie üblich außer Lügen und Drohungen nichts anzubieten haben, ist in der Dritten Welt nur allzu bekannt. Also fragt sie auch keiner mehr.

Indien und China haben unbürokratische Soforthilfe in Aussicht gestellt. Russland liefert wahrscheinlich auf Kredit Öl und Gas. Dank der Dummheit der Europäer können sie sofort liefern. Der Internationale *Währungsfond* wiegt wieder einmal den Kopf: Also, wir sehen nicht wirklich, dass die Sri Lanker sich auf unsere Vorstellungen von marktradikalen »Reformen« zubewegen. Wir brauchen erst einmal einen Plan, wie der Staat weiter runtergefahren wird, sorry. Zum Glück braucht auch keiner mehr wirklich die US-gesteuerten Staatsruinierer des IWF. Die nähere Zukunft besteht gewiss in einer Durststrecke. Langfristig wird es wohl eine Erholung geben. Wenn nicht wieder ein Unglück passiert.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

EURO UNTER DRUCK

Frankfurt am Main/DW. In der vergangenen Woche hat die europäische Währung im Vergleich zum US-Dollar den tiefsten Stand seit 20 Jahren erreicht. Zuletzt gab es im Oktober 2002 eine Euro-Dollar-Parität (Tauschverhältnis von eins zu eins). Der Euro steht schon seit längerem unter Druck: Seit Anfang Mai 2022 hat er gegenüber dem US-Dollar um 20 Prozent an Wert verloren, seit dem Allzeithoch im März 2008 (knapp 1,58 US-Dollar pro Euro) sogar um satte 60 Prozent. Finanzexperten erwarten aufgrund der anhaltenden Gaskrise und den schwächelnden deutschen Exporten eine Fortsetzung des Abwärtstrends. (ber)

US-INFLATION AUF REKORDHOCH

Washington D.C./DW. Wie das US-Arbeitsministerium mitteilte, liegt die Inflationsrate in den USA für Waren und Dienstleistungen im Juni bei 9,1 Prozent. Als Reaktion auf die höchste Teuerungsrate seit 40 Jahren werden nun weitere Zinserhöhungen der US-amerikanischen Zentralbank (FED) erwartet. Das kann jedoch zu unerwünschten Nebenwirkungen auf den Finanzmärkten und auch in der Realwirtschaft führen. Laut *Mainstream*-Meldungen seien das die Folgeerscheinungen von Krieg und »Pandemie«, verschwiegen wird jedoch die hemmungslose Geldmengenerhöhung der FED seit Anfang 2020. (ber)



»Kreative Zerstörung«

MOTOR MITTELSTAND | KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

Wer hätte das gedacht, dass der deutsche Mittelstand einmal die Lieferung einer Gasturbine nötiger haben wird als Aufträge und den Rückhalt einer souveränen mittelständischen Politik.

Immer noch dienen die Unternehmer und ihre Vertreter überwiegend den Politikern, verfallen in Kniefälle, anstatt anders herum.

Wer hätte nach 16 Jahren Merkel gedacht, dass es noch schlimmer geht. Wir alle werden aktuell eines Besseren belehrt: Die momentane Regierung hat den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft begonnen, immer zielgerichtet an einer Agenda des Klaus Schwab und dessen finanzstarken Eliten im Hintergrund. »Kreative Zerstörung« wird das genannt. Verzicht ist auch in der deutschen Wirtschaft das Wort – besser Unwort – der Zeit, ausgerufen von Politikern, die in ihrem Leben wirklich sehr oft auf alles verzichtet haben: auf ordentliche Hochschulabschlüsse, auf Ausbildungsabschlüsse und auf die darauffolgende ehrliche Arbeit zum wirklichen Nutzen unseres Landes. Offenen Auges schauen die meisten Unternehmer dem entgegen, was ihnen die neu propagierte Klassengesellschaft, verordnet von links-grün, zu bieten hat. Klar, gerne mit Maske, klar schwenken wir blau-gelbe Fähnchen, klar, selbstverständlich auch die weiteren Impfungen im Sinne der Solidarität.

Dabei geht anders so einfach, sieht man ja in Holland, einfach mal die Macht der 99 Prozent in die Waagschale geben, und wenn notwendig, auf der Straße klar und deutlich die Stimme erheben. Da gibt es kein schlechtes Gewissen zu haben, das wäre nicht solidarisch, nein, das wäre die Inanspruchnahme von gesetzlich verbrieften Grundrechten. Auch das Abhandenkommen dieser ist vielen Unternehmern noch gar nicht aufgefallen, schade eigentlich.

Einstweilen geschieht, was geschehen soll, die Gründerquote ist in Deutschland auf nunmehr ein Prozent von früher mal 15 Prozent gesunken. Deutschland ist in keiner Hinsicht für Gründer attraktiv, nicht für die eigenen und schon gar nicht für Gründer aus anderen Ländern. Es reicht nicht, die Missstände zu kennen, sie als Gebäudetiger im eigenen Hause anzuprangern. Nein, sie müssen klar und deutlich adressiert werden, bevor es endgültig zu spät ist. Jetzt, es ist fünf nach zwölf.

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

SELENSKYJS REALITÄTSVERLUST

Neues von der Ostfront
Von Felix Feistel

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland eine Militäroperation in der Ukraine durch. In diese mischen sich viele Staaten Europas und Nordamerikas ein, und versuchen Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Dies hat Folgen in globalem Maßstab. Hier werden die neuesten Entwicklungen zusammengefasst.

Die russischen Soldaten haben sich von der Schlangeninsel im schwarzen Meer zurückgezogen. Was die westlichen Medien als empfindliche Niederlage Russlands betiteln, wird vom russischen Verteidigungsministeriums als ein Zeichen des guten Willens bezeichnet. Demzufolge sei der Rückzug erfolgt, um für Friedensverhandlungen eine positive Basis zu legen. Die Ukraine ihrerseits behauptete, die Insel zurückerobert zu haben und verwies auf die ukrainische Flagge, die wieder auf der Insel wehe.

Später musste Kiew allerdings zugeben, dass es diese Flagge lediglich aus einem Helikopter abgeworfen hatte, und noch keine ukrainischen Truppen auf der Insel gelandet sind. Eine Gruppe ukrainische Soldaten, die später auf die Insel gelangten, um die Fahne zu hissen, wurde von der russischen Luftwaffe beschossen, wobei einige der Soldaten ums Leben kamen. Die Schlangeninsel ist im Laufe des Konfliktes immer wieder sehr umkämpft. An ihr vorbei führen wichtige Seerouten, womit der dortige Militärposten eine Kontrolle über diese ermöglicht.



Demokraten setzen auf Dialog statt Sanktionen. Foto: Hannes Henkelmann

LUGANSK VOLLSTÄNDIG BEFREIT

Währenddessen hat der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu den russischen Präsidenten Wladimir Putin von der vollständigen Befreiung der Volksrepublik Lugansk unterrichtet. Mit der Eroberung der Stadt Lissitschansk am 3. Juli war diese vollständig abgeschlossen worden. Zudem meldet der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow, dass die Ukraine die Kontrolle über einen Teil ihrer Streitkräfte an der Front bei Lugansk verloren habe. Diese zögen sich aufgrund einer russischen Offensive unkontrolliert zurück. Immer wieder wird von ukrainischen Soldaten berichtet, die in aller Eile vor dem russischen Vormarsch fliehen.

Während die norwegische Regierung die Blockade der russischen Siedlungen auf Spitzbergen mittlerweile aufgehoben und damit den Konflikt entschärft hat, weigert die litauische Regierung sich, einen grünen Korridor nach Kaliningrad einzurichten. Das verkündete die Beraterin des litauischen Präsidenten Asta Skaisgiritė laut RIA Nowosti im nationalen Radio und Fernsehen. Litauen kontrolliere derzeit alle Waren und es könne nicht sein, dass Güter ohne Kontrollen das Staatsgebiet Litauens durchqueren. Zudem wurde die Liste der von dem Durchfuhrverbot betroffenen Güter sogar noch erweitert. Demnach fallen nun unter anderem auch Zement, Holz und Spirituosen unter die Blockade. Der russische Präsident Wladimir Putin hat nun mit seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko eine mögliche gemeinsame Reaktion erörtert, wie der Pressedienst des Kreml mitteilte. Am Mittwoch berichtete die Zeitung Iswestija jedoch, dass die EU und Russland das Problem lösen konnten. Demnach würden die an Kaliningrad gelieferten Waren von der Sanktionsliste gestrichen.

DUBIOSE US-FORSCHUNGEN IN DER UKRAINE

Die amerikanische Regierung hat zwar mittlerweile eingeräumt, 46 Labore in der Ukraine finanziert und betrieben zu haben, jedoch stets darauf verwiesen, dass dies nur im Interesse der öffentlichen Gesundheit geschah. Jetzt gab das russische Verteidigungsministerium jedoch bekannt, dass in den Biolaboren unter anderem an Ebola geforscht worden sei, einer Krankheit, die für die öffentliche Gesundheit der Ukraine keinerlei Relevanz besitzt, da sie dort noch nie aufgetreten ist. Damit kann als erwiesen angesehen werden, dass es bei der Forschung um biologische Kriegsführung geht. Zudem erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass die Sicherheit in den Laboren nicht gewährleistet werden kann. Die Einrichtungen seien mangelhaft und eine versehentliche Freisetzung von Erregern sehr wahrscheinlich.

DER SÜDEN SOLL ZURÜCKEROBERT WERDEN

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat den Befehl gegeben, den Süden der Ukraine und damit auch die Krim, mit einer Millionen mit westlichen Waffen ausgestatteten Soldaten zurückzuerobern. Der Duma-Abgeordnete Michail Scheremet aus der Republik Krim bezeichnete diesen Befehl als ein Zeichen des Niedergangs der Ukraine und sieht keine Chance der Ukraine, die Gebiete zurückzuerobern. Stattdessen treibe die Regierung das Land auf den Zusammenbruch zu. Woher die eine Millionen Soldaten kommen sollen, ist nicht bekannt.

Die Ukraine verfügte bei Beginn der Auseinandersetzung mit Russland über etwa 200.000 aktive Soldaten sowie 250.000 Reservisten und etwa 50.000 paramilitärische Kämpfer. Im Laufe der Kämpfe musste Kiew allerdings erhebliche Verluste hinnehmen. Abhilfe schaffen kann hier nur eine Generalmobilmachung der gesamten Bevölkerung. Diese hat jedoch schon begonnen. Sogar Frauen werden Berichten zufolge nun gezwungen, in den Krieg zu ziehen. Zudem sollen offenbar auch die Polizei und der Grenzschutz für die Rückeroberung eingesetzt werden.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

UKRAINE WIRD ZUM SCHWARZMARKT FÜR WAFFEN

Kiew/DW. In mehreren *Online*-Foren sind Videos vom Handel mit »westlichen« Waffen in der Ukraine aufgetaucht. Unter den gehandelten Waffen befinden sich Maschinengewehre und die US-Flugabwehrkanonen NLAW und Javelin. Demnach ist nicht bekannt, wohin das Kriegsgerät gehandelt wird. Ein Umschlagsplatz für die Waffen aus der Ukraine soll Albanien sein. (ale)

US-FUNKTIONÄR GIBT ERSTMALS PUTSCH-PLANUNG ZU



Foto: DW/Bildschirmfoto

Washington/DW. In einem Interview mit dem US-amerikanischen TV-Sender CNN in der ablaufenden Woche gab John Bolton, ein früherer US-Präsidentenberater für »Sicherheit« zu, in Washington an Planungen zu Staatsstreichen im Ausland (wörtlich: »planned coup d'état«) beteiligt gewesen zu sein: »Als jemand, der an der Planung eines Staatsstreiches beteiligt war – nicht hierzulande, aber, andernorts – kann ich Ihnen sagen, dass soetwas eine Menge Arbeit erfordert«, so Bolton zum CNN-Moderator Jae Tapper in dessen Sendung. Im weiteren Verlauf der Sendung wurde klar, dass es sich dabei zuletzt wohl um den missglückten Umsturzversuch in Venezuela gehandelt hatte. Anzettelung von Staatsstreichen gegen unliebsame ausländische Regierungen sind ein Bruch mit dem Völkerrecht. Bolton bekleidete seit der Präsidentschaft Ronald Reagans ab 1985 verschiedene hochrangige Funktionärs- und Stabsposten in der US-Regierung und war zuletzt Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump. Das russische Außenministerium hob am Mittwoch die Bedeutung der Aussage Boltons hervor. Regierungssprecherin Maria Sacharowa: »Dies ist ein Fakt für internationale Ermittlungen!« (ale)

»KEINE GASBESTELLUNGEN«

Moskau/Budapest/DW. »Aus Deutschland liegen keine Bestellungen vor«, sagte der Präsident der Russischen Föderation (RF), Wladimir Putin, zum Thema des Gashandels in seiner neuesten Pressekonferenz. Deutschland leite weiterhin Gas über Polen in die Ukraine weiter. Demnach ist der BRD-Gasnotstand ein Versuch, Massenverarmung als nationale Kriegsnotwendigkeit zu verschleiern. Am Dienstag meldete das russische Finanzministerium, der Staatshaushalt werde im ersten Halbjahr 2022 einen Überschuss von etwa 23 Milliarden Euro aufweisen. (tbe/ale)



»DER KONGRESS SINGT«

Medienkritiker Uli Gellermann über Buchpremiere und Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie um den weltbekannten Berliner Psychoanalytiker Professor Klaus-Jürgen Bruder

»Corona – Inszenierung einer Krise« war der Titel des Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie (DW berichtete und kündigte an; der Kongress fand statt von 7. bis 9. Juli). Im tiefen Berliner Neukölln waren Mitglieder und Freunde der Gesellschaft zu einem brisanten Thema zusammengekommen, um sich im streitbaren Dialog der Analyse des Corona-Regimes zu nähern.

Zur Vorgeschichte des Kongresses gehört, dass die Debatte der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) zeitweilig einem Krach ähnlicher war als einem Dialog. Den Psychologen ging es ähnlich wie der gesamten Gesellschaft: Man verlor in der Diskussion um das Corona-System Freunde und zuweilen die Fassung. Auch insofern war jetzt die einhellige Verabschiedung einer Solidaritätsadresse an den inhaftierten Michael Ballweg ein kleiner Sieg der Demokratiebewegung.

KEINE ANKLAGESCHRIFT GEGEN MICHAEL BALLWEG

Eine Anklageschrift liegt den Anwälten von Michael Ballweg, der seit bald zwei Wochen in der Justizvollzugsanstalt in Stuttgart-Stammheim einsitzt, immer noch nicht vor. Stattdessen hat man ihm nach einem Corona-Test Quarantäne befohlen: Zu unklaren Tatvorwürfen, einer unbegründeten Hausdurchsuchung und ein durch nichts begründeter Vorwurf der Fluchtgefahr wird ihm, wie in der Hygiene-Diktatur üblich, das persönliche Gespräch mit seinen Anwälten aus »Gesundheitsgründen« verweigert. Dieser Fall von Isolationshaft ist in der Justizgeschichte einmalig.

»Lieber Michael Ballweg, Du bist im Gefängnis als Symbol der Demokratiebewegung. Wir sind mit Dir solidarisch!«, erklärte der Psychologie-Kongress per Akklamation am 9. Juli 2022. Dieser Akt der Solidarität war praktischer Ausfluss einer Debatte, die über den »Corona-Neusprech«, die »Kybernetische Wende« oder das »Seelische Überleben im Zeitalter der Psychopathie« eine solide wissenschaftliche Grundlage zur praktischen Bewältigung der schweren gesellschaftlichen Krise der Bundesrepublik lieferte.

Die Fülle der analytischen Beiträge zur aktuell schwierigen Lage der Bundesrepublik und ihrer Einwohner floss in einen Kongress-Reader ein, der eine kluge Momentaufnahme der intellektuellen Debatte rund um das Corona-Regime dokumentiert. Der *Reader*, bei SODENKAMP & LENZ zu beziehen (*https://demokratischerwiderstand.de/buch-bestellung/4/corona-inszenierung-einer-krise*) bietet jede Menge Stoff zu Vertiefung des Themas und zur Fortführung der Diskussion.

NEUE OPPOSITIONSKULTUR

Während sich einstige Köpfe der kulturellen Alternative wie Wader, Mey oder Wecker den Herrschenden andienen, entwickelt die Demokratiebewegung eine neue Oppositionskultur, die auf dem Kongress mit bewegenden Beispielen zu Hören war: Die »Freiheitsvokalisten« präsentierten bekanntes Liedgut mit neuen Texten und der Gitarrist Yann Song King trainierte mit seinen Satiren die Lachmuskeln und vor allem die grauen Zellen. So sang der Kongress ein Loblied auf die Freiheit und pfiff auf ein Regime, dessen diktatorische Ambitionen auch aus Gründen der geistigen Gesundheit abzulehnen sind.

Dieser Artikel erschien zuerst in der *rationalgalerie.de*. Ulrich Gellermann ist Journalist und Filmemacher, mit der »Macht um Acht« regelmäßig auf *apolut.net*.





Links: Psychoanalytikerin Dr. Almuth Bruder-Bezzel und Dramaturg Prof. Michael Schneider beim Berliner Kongress. Oben: Christiane Pahnke spricht (neue-debatte.com). Fotos: DW/Lenz.

Der Brandbrief d

Vierhundert Mitbürger wenden sich mit einem eindringlichen Appell an die Öffentlichkeit: sie haben den Versprechungen der Impfpropagandisten geglaubt. Sie haben sich die riskante Substanz in die Muskeln spritzen lassen. Sie sind jetzt schwer krank. Niemand hilft.

Von Hermann Ploppa

Die Impfpropagandisten müssen immer weiter zurückrudern. Als die ersten Meldungen über ernste Schädigungen durch die experimentelle mRNA-Substanz durchsickerten, hieß es noch: »Ja … aber Impfnebenwirkungen kommen extrem selten vor.« Jedoch zwang ein mutiger Bundestagsabgeordneter den Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, reale Zahlen von Impfnebenwirkungen für das letzte Jahr vorzulegen. Statt der vom Paul-Ehrlich-Institut gemeldeten etwa zweihundertfünfzig Tausend haben tatsächlich alleine zweieinhalb Millionen Patienten 2021 eine kassenärztliche Praxis wegen Impfschäden aufgesucht (#DW96). Nicht einberechnet sind in diese Zahl die Visiten wegen Impfschäden bei Privatärzten, Betriebsärzten oder Kliniken!

Jetzt wenden sich endlich vierhundert durch Impfexperimente Geschädigte an die breite Öffentlichkeit. Im Ton sanft, in der Sache hart, sagen sie: »Wir sind viele! Keiner nimmt uns ernst. Man versucht unsere Leiden zu ignorieren oder zu bagatellisieren solange es geht.«

Der offene Brief, den wir im Folgenden dokumentieren, formuliert klare Forderungen: Eine angemessene Reaktion von Politik, Medien und Wissenschaft auf die Situation der Betroffenen. Dringend müssen alle Ärzte über Symptome und Verlauf des Post-Vak-Syndroms gründlich aufgeklärt werden. Die Wissenschaft muss Ursachen und Wirkungen gründlich erforschen. Schließlich und endlich müssen die Betroffenen angemessen entschädigt werden.

Es hat sehr lange gedauert, bis die Impfgeschädigten ihre Lage überhaupt realisieren konnten. Bis sie körperlich und mental in der Lage waren, sich zu artikulieren. Sie lagen zum Teil zehn Monate nur im Bett und waren so schwach, dass sie elementare Lebensfunktionen nicht ausführen konnten. Hilfe bekamen sie von ihren Ärzten nur selten. Wandten sie sich in ihrer Not an Kliniken, kam bisweilen die zynische Antwort: »Warten Sie die Boosterung ab!« Das Trauma ist unbeschreiblich. Eben noch mitten im Leben, ist man plötzlich auf fremde Hilfe angewiesen. Eine demütigende Situation. Gerade für junge Menschen. Dann dieser extreme Vertrauensbruch. Man hat vor dem Erlebnis des irreparablen Schadens den Autoritäten blind vertraut. Autoritäten die, wie sich jetzt gnadenlos zeigt, nur die schäbige Seriosität von halbseidenen Autoverkäufern aufzuweisen haben.

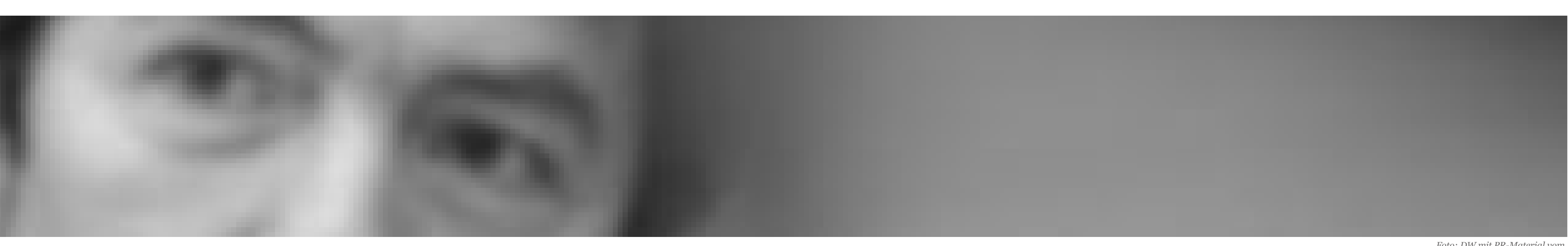
Die Autorin des offenen Brandbriefs, die ehemalige Stadtmanagerin von Rottweil, Tamara Retzlaff, rechnet in einem Video mit den Lügen des noch amtierenden Gesundheitsministers Karl Lauterbach gründlich ab. Die Luft wird eng für die geschwätzigen Staubsaugervertreter der Pharma-Industrie. »Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sonnen!«

BELOGEN UND BETROGEN: »IMPF«-OPFER TRETEN ANS LICHT

Das autoritative Wissenschaftsmagazin *Nature* hat gerade nachgewiesen, dass durch die mRNA-Substanz des Moderna-Konzerns die Wahrscheinlichkeit für junge Leute, Herzmuskelentzündung (Myokarditis) zu bekommen vierundvierzigmal höher ist als bei Ungeimpften. Und das ebenfalls »amtliche« Wissenschaftsmagazin *Lancet* hat gerade herausgefunden, dass mRNA-»Impfungen« bei Kindern rein gar keinen Nutzen, aber einen riesigen Schaden verursachen.

Wir vom *Demokratischen Widerstand* möchten unsere Mitmenschen, die unter unerwünschten Nebenwirkungen der experimentellen Impfsubstanzen leiden, auf diesem Weg herzlich bitten, an die Öffentlichkeit zu treten und damit das Leiden möglichst rasch zu minimieren oder ganz zu beenden. Es besteht verständlicherweise eine große Zurückhaltung bei den Betroffenen. Sie haben schon genug Leid und ganz ungewohnte existenzielle Nöte zu schultern. Sie möchten sich nicht in die unsichere Arena der öffentlichen Meinung begeben und sich dabei gar als »Impfgegner« oder Schlimmeres diffamieren lassen. Das ist nur allzu verständlich.

Aber wegzuducken hilft hier nicht weiter. Die Situation verschlimmert sich auf diese Weise von Tag zu Tag für immer mehr unschuldige Opfer. Wir müssen alle zusammen Netze der Selbsthilfe aufbauen. Es gilt, noch größeres Leid zu verhindern. Wir möchten dabei gerne behilflich sein. Darum halten wir den Offenen Brief der vierhundert von unerwünschten Wirkungen nach Impfungen Betroffenen für einen bedeutenden Anfang.



Nur noch unscharfe Pixel: Blick des umstrittenen Corona-Protagonisten Drosten. *Foto: DW mit PR-Material vom Bundespresseamt (bearbeitet)*

er Impfgeschädigten im Wortlaut

Der Brief ist namentlich an drei Spitzenfunktionäre der Ärzte gerichtet: Frank Ulrich Montgomery ist Ehrenpräsident der Bundesärztekammer. Ulrich Weigeldt fungiert als Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärzteverbands. Andreas Gassen ist Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.

Lobend erwähnt werden im Brief: Harald Matthes als Professor an der Berliner Charité. Matthes hatte den Mut, die vom Paul-Ehrlich-Institut vorgelegten falschen Zahlen über Impfnebenwirkungen des Jahres 2021 kritisch zu hinterfragen (siehe auch Seite 2 dieser Ausgabe). Matthes forderte, sich intensiver als bisher mit dem Post-Vak-Syndrom auseinanderzusetzen. Dafür wurde er von seinem Charité-Kollegen Leif-Erik Sander in übelster Weise beleidigt.

Die Impflobby führt bis heute eine unerbittliche Rufmordkampagne gegen Matthes. Der Arzt Erich Freisleben hat in seiner Praxis schon vielen Impfgeschädigten helfen können. Freisleben ist einer breiteren Öffentlichkeit durch sein Buch »Medizin ohne Moral« bekannt. Professor Dr. Bernhard Schieffer schließlich ist Direktor der Klinik für Kardiologie, Angiologie und internistische Intensivmedizin am Universitätsklinikum in Marburg. Schieffers Praxis erreichen laut *Cicero* jeden Tag über vierhundert Hilferufe von Impfgeschädigten. Schieffer entwickelt gerade Therapien für Impfgeschädigte.

Nun folgt der »Brandbrief« der vierhundert Betroffenen der experimentellen Impfungen im Wortlaut.

» Wir – Betroffene von schwerwiegenden Nebenwirkungen der Corona-Schutzimpfung – möchten Ihnen (Professor Matthes) von ganzem Herzen für Ihr Engagement und Ihren Mut danken.

Als Sie mit Ihren Untersuchungen an die Öffentlichkeit gingen, ging eine Welle der Erleichterung und des Aufatmens durch unsere Reihen. Endlich ist die Wissenschaft auf unsere Lage aufmerksam geworden, und die Charité nimmt sich dessen an! Wir hofften sehr, nun Hilfe zu erhalten. – Doch leider trat dies nicht ein. Wir bedauern es, dass Ihre vorläufigen Ergebnisse für Kollegen kein Anlass für Forschung und Entwicklung waren, sondern für Diffamierung und Distanzierung (vgl. Herr Erik-Leif Sander). Statt eine wissenschaftliche Forschungsarbeit voranzutreiben, wird nun jedoch kritisiert, Muskel- und Kopfschmerzen seien definitionsgemäß keine schweren Nebenwirkungen. In unseren Fällen geht es um Muskelschmerzen, welche so einschneidend sind, dass einige von uns seit Monaten bettlägerig sind. Wir sprechen von dauerhaften, intensiven, stechenden Kopfschmerzen, durch welche das Sprechen schwer fällt. Und wir sprechen von Entzündungsreaktionen, Autoimmunprozessen und neurologischen Beschwerden, welche so schwerwiegend sind, dass ein Großteil der Betroffenen ihren Alltag nicht bewältigen, ihrer Arbeit nicht nachgehen und ihre Kinder nicht mehr alleine versorgen können. Was mit einem Muskelzucken begann, hat sich bei einigen inzwischen zu einem irreversiblen Krampfanfall-Leiden entwickelt – auch bei Jugendlichen, die nun ihrem Schulabschluss nicht mehr nachgehen können.

»DER ZUSTAND VIELER BETROFFENER VERSCHLECHTERT SICH AKTUELL«

Nicht nur gesundheitspolitisch, auch wirtschaftlich, tut sich hier ein Problem auf. Genaue Zahlen haben wir nicht. Doch haben auch wir aus unserem jeweiligen lokalen Umfeld den starken Eindruck, dass es sich um mehr als 0,02 Prozent handelt. Daher danken wir Ihnen, Herr Prof. Matthes, dass Sie eine sachliche Datenbasis ergänzend zum PEI (Paul-Ehrlich-Institut) schaffen wollten. Denn vor allem das Nicht-Wissen über diese Impfnebenwirkungen stellt ein massives Problem für uns Betroffene dar: So sind die Ursachen für die Komplikationen noch weitgehend unklar, doch Forschung diesbezüglich scheint es bisher kaum zu geben, obwohl die meisten schwerwiegenderen Nebenwirkungen wohl schon in den Zulassungsstudien aufgetreten sind.

Des Weiteren wurde bei zu vielen von uns ein Zusammenhang mit der Impfung von vornherein kategorisch ausgeschlossen, wodurch zu viele von uns noch immer keine Behandlung erhalten und so kostbare Zeit bei diesen fortschreitenden Krankheitsprozessen verloren geht. Daher wäre hier eine größere und vor allem schnellere Informationsverbreitung wünschenswert. Dazu haben Sie, Herr Prof. Matthes, mit Ihrem Schritt in die Öffentlichkeit, wesentlich beigetragen.

Auch an Herrn Dr. Freisleben an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön, sowie an Herrn Prof. Dr. Bernhard Schieffer, der bisher als einziger in Deutschland eine systematische Forschung zu unserer Problematik betreibt. Sie haben sich an den hippokratischen Eid gehalten und uns wieder Hoffnung gegeben! So wären wir dankbar über jeden einzelnen Wissenschaftler und Politiker, der sich ebenfalls für uns einsetzt – denn auch in unseren Fällen geht es um die Gesundheit zahlreicher Menschen. Und die Warteliste für einen Termin bei Herrn Dr. Schieffer reicht bis weit ins nächste Jahr hinein. Die Lage ist prekär.

Damit wollen wir uns für eine sachliche Diskussion dieser medizinischen Thematik aussprechen. Es geht um Impfnebenwirkungen – nicht darum, ob wir Impfgegner oder Impfbefürworter sind. Am Rande sei bemerkt, dass unsere Leiden daher rühren, dass wir uns haben impfen lassen. Dennoch muss vor dem Hintergrund auftretender, schwerwiegender Nebenwirkungen die Frage nach der Sicherheit dieser Impfstoffe an die Wissenschaft erlaubt sein. Wir wollen nicht vor der Impfung warnen oder gar Angst machen – wir fordern Forschung auf diesem Gebiet! Denn es scheint eine Diskrepanz zu geben zwischen den sehr belastenden Erfahrungen vieler Betroffener und Aussagen aus der Politik, die Impfung sei nebenwirkungsfrei, nichts weiter als ein kleiner Pieks oder ein verpasster Bus.

Vor allem jedoch fordern wir schnelle, medizinische Hilfe und Forschungsgelder für Unikliniken, welche sich dieser Thematik annehmen möchten. Da sich der Zustand vieler Betroffener aktuell verschlechtert, sehen auch wir Gefahr in Verzug. Deshalb bitten wir Sie, Herrn Professor Matthes, weiter zu machen mit Ihrer bedeutenden Forschung und rufen die Wissenschaftslandschaft Deutschlands dazu auf, sich zu beteiligen, denn dies ist keine Aufgabe für einen Einzelnen! Weiter fordern wir die deutsche Politik auf, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, wie Fördergelder und *Rolling-Review*-Verfahren zur Behandlung von Impfnebenwirkungen.

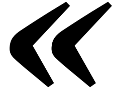
Dies verstehen wir als die selbstverständliche Verantwortung einer Politik, die sich so für die Covid-Impfung einsetzt.

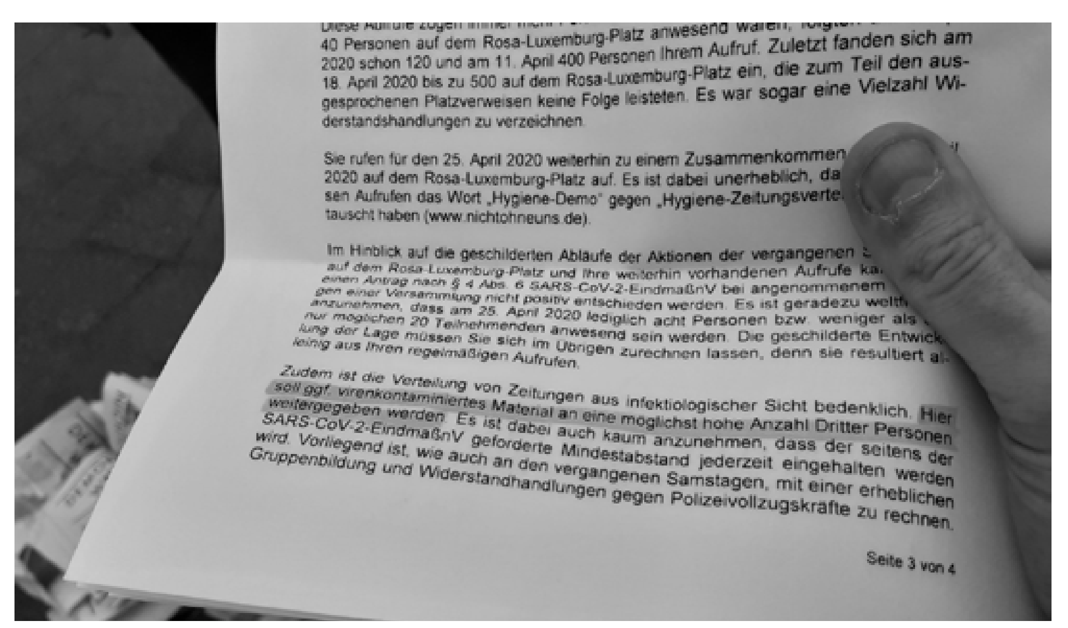
Konkret fordern wir vom deutschen Bundestag:

1.) Bundesweite Anlaufstellen für Betroffene von Impfnebenwirkungen
2.) Forschungsgelder für die Ursachenforschung und Therapie
3.) Anerkennung und wissenschaftliche Aufarbeitung
4.) Finanzielle Ausgleichszahlungen
5.) Eine Stellungnahme des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach zu seiner Aussage am 14. August 2021 auf *Twitter*, die Impfung sei »nebenwirkungsfrei«

Auf jedem medizinischen Beipackzettel steht, man solle sich sofort an einen Arzt wenden und mit der Einnahme des Medikaments aufhören, wenn eine schwerwiegende Nebenwirkung auftritt. Auch daher ist es wichtig, dass Nebenwirkungen wie das Post-Vakzin-Syndrom anerkannt werden, damit wir Betroffene nicht zu weiteren Impfungen gedrängt werden, wie es oft leider immer noch der Fall ist. (Zitat einer um Hilfe gebetenen Uniklinik: »Kommen Sie nach der 3. Impfung wieder.«)

Herzliche Grüße,
Menschen mit (langfristig)
unerwünschten Folgen der
Corona-Schutzimpfung





40 Personen auf dem Rosa-Luxemburg-Platz anwesend waren, … Zuletzt fanden sich am … 2020 schon 120 und am 11. April 400 Personen Ihrem Aufruf … 18. April 2020 bis zu 500 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz ein, die zum Teil den ausgesprochenen Platzverweisen keine Folge leisteten. Es war sogar eine Vielzahl Widerstandshandlungen zu verzeichnen.

Sie rufen für den 25. April 2020 weiterhin zu einem Zusammenkommen … 2020 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz auf. Es ist dabei unerheblich, da… sen Aufrufen das Wort „Hygiene-Demo" gegen „Hygiene-Zeitungsverte… tauscht haben (www.nichtohneuns.de).

Im Hinblick auf die geschilderten Abläufe der Aktionen der vergangenen … auf dem Rosa-Luxemburg-Platz und Ihre weiterhin vorhandenen Aufrufe ka… einen Antrag nach § 4 Abs. 6 SARS-CoV-2-EindmaßnV bei angenommenem … gen einer Versammlung nicht positiv entschieden werden. Es ist geradezu weltf… anzunehmen, dass am 25. April 2020 lediglich acht Personen bzw. weniger als … nur möglichen 20 Teilnehmenden anwesend sein werden. Die geschilderte Entwick… lung der Lage müssen Sie sich im Übrigen zurechnen lassen, denn sie resultiert al… leinig aus Ihren regelmäßigen Aufrufen.

Zudem ist die Verteilung von Zeitungen aus infektiologischer Sicht bedenklich. Hier soll ggf. virenkontaminiertes Material an eine möglichst hohe Anzahl Dritter Personen weitergegeben werden. Es ist dabei auch kaum anzunehmen, dass der seitens der SARS-CoV-2-EindmaßnV geforderte Mindestabstand jederzeit eingehalten werden wird. Vorliegend ist, wie auch an den vergangenen Samstagen, mit einer erheblichen Gruppenbildung und Widerstandhandlungen gegen Polizeivollzugskräfte zu rechnen.

Seite 3 von 4

Foto: DW/Lenz

Diese Zeitung erscheint seit 17. April 2020! *Bild oben: »Flugblatt« der Berliner Neofaschisten Barbara Slowik und Andreas Geisel gegen die freie Presse vom April 2020. Behauptung: Die Wochenzeitung* Demokratischer Widerstand (DW) *sei »virologisch kontaminiertes Material«.*

SEELENMUSIK

Nach zwei Jahren Zwangspause beginnt nun wieder die fast »normale« Festivalsaison im Freien. Rudolstadt war der gelungene Einstieg. | Von Hermann Ploppa

Es hat sich vieles verändert im Jahre Zweikommafünf nach Corona. Die Welt ist gnadenlos digitaler geworden. Fast wären meine Frau und ich nicht nach Rudolstadt gekommen. Denn der Kartenverkauf wurde outgesourct an eine Fremdfirma, und man konnte sich nur nach kompletter Enthüllung aller persönlichen Daten an den eigentlichen Ticketverkauf heranrobben.

Wir wären fast grandios gescheitert, wenn uns nicht ein junger, computeraffiner Mann den ersehnten digitalen Einlass in die Wunderwelt des Musikfestivals eröffnet hätte. Hoppla. Da wäre uns aber einiges entgangen. Das Festival im thüringischen Rudolstadt hat eine lange Tradition. Zu DDR-Zeiten firmierte es als Volkstanzfestival. Nach der Wende mutierte es dann zum Weltmusikfestival und heißt seit neuestem nur noch »Festival Rudolstadt«. Nichtsdestoweniger: Es hat auf jeden Fall einen roten thematischen Faden.

Diesmal ging es um »Titos Erben«. Also gab es viele Gruppen aus Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Kroatien oder Slowenien. In der Stadtkirche die Brüder Teofilović aus Serbien mit kraftvoller Intonation traditioneller polyphoner Gesänge. Oder der Travestie-Sänger Božo Vrećo aus Bosnien-Herzegowina. Traditionelles Liedgut im modernen Rock-Gewand. Die kraft elektrisch verfremdeter türkischer Saz erzeugten Riffs verfolgen mich noch heute. Sänger Vrećo mit stimmlicher Brillianz und spiritueller Tiefe, durchaus, ja.

Ana Veydó, Sängerin der kolumbianischen Gruppe Cimarrón.
Foto: Samten Seide

Eine Stärke dieses Festivals: Die aufstrebende Musikszene Eurasiens ist gut abgebildet. Hier schälen sich noch echte Innovationen aus der alten Kruste. Korea ist so ein Magma-Spender. Vor Jahren überwältigte Jambinai mit Post-Rock aus Seoul: Einstürzende Neubauten meets Zen Meditation traditioneller Instrumente. Im Post-Corona jetzt der Post-Rock von Ak Dan Gwang Chil: drei Damen in Phantasiegewändern, schamanische Hyperventilations-Gesangstechniken und exaltierter Tanz. Dazu eine Begleitung aus viel Perkussion und zwei traditionellen Hackbrettern. Sodann im intimeren Umfeld der Bauernhäuser zum Out-Chillen der iranische Musiker Misagh Joolaee mit seiner Stachelgeige Kamancheh. Ihm zur Seite Teufelsperkussionist Sebastian Flaig. Ein klassischer Kontrapunkt als dritte Quelle im Trio die Pianistin Schaghajegh Nosrati, mit wunderbaren aserbeidschanischen Kompositionen. Welch' ein Glück, diese echte Musik nicht nur hören, sondern auch wieder spüren zu dürfen! Das Knistern der Energie, die nur ein echtes Konzert vermitteln kann. Der direkte Blickwechsel zwischen Künstler und seinem Zuschauer. Die amüsanten oder tränenrührenden zarten Improvisationen, die sich aus dem intimen Augenblick der Seelenberührung ergibt. Das selbe intime Gefühl kann aber auch genauso gut in der Straßenmusik entstehen, die Rudolstadts integraler Teil des Gesamtkunstwerks ist. Da spielt, von der großen Masse fast unbemerkt, der Handpan-Virtuose Florian Betz. Selbst hier im Gewusel kann man von den Obertönen davongetragen werden. Sehr laut und sehr schnell dagegen das kolumbianische Sextett Cimarron. Die Instrumente haben hier alle Mühe, mit den schnellen Künstlerhänden mitzuhalten. Die Sängerin ein Kraftpaket. Nicht nur der eurasische Aufbruch, auch der indigene Aufbruch Lateinamerikas findet in Rudolstadt seinen Platz.

Ein bedauerlicher Fettfleck in dieser harmonischen Symphonie der Zehntausend stellt die Pseudo-Punkband Pussy Riots dar. Mit ihren hasserfüllten Nato-affinen, von Sirenengeheul kakophonierten Darbietungen sorgten sie für kurzfristige Verstörung. Zum Glück fand dieser Fehltritt erst ganz am Ende des Festivals statt, als die meisten Festivalbesucher bereits auf dem Heimweg waren. Es bleibt zu hoffen, dass das geniale Rudolstadt-Festival im nächsten Jahr wieder ohne solche misslichen Zwangspolitisierungen stattfinden kann. Frieden im Mikrokosmos des Festivals, umrahmt vom Großen Frieden der Menschheit.

ALLES RICHTIG GEMACHT?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Michael Schuch

»Ihre Frömmigkeit ist wertlos, weil sie ihre menschlichen Gesetze als meine Gebote ausgegeben haben« (Matth. 15,9). Mit diesem Wort geht Jesus hart ins Gericht mit den Pharisäern, die durch eigenmächtig definierte Vorschriften die Gebote Gottes außer Kraft gesetzt hatten.

Wer sich damals nicht vor dem Essen die Hände wusch, brach den geltenden religiösen Verhaltenscodex. Es war den Pharisäern egal, ob die Menschen Gott aus reinem Herzen anbeteten, wenn sie nur die Handhygiene befolgten und sich so regelkonform verhielten.

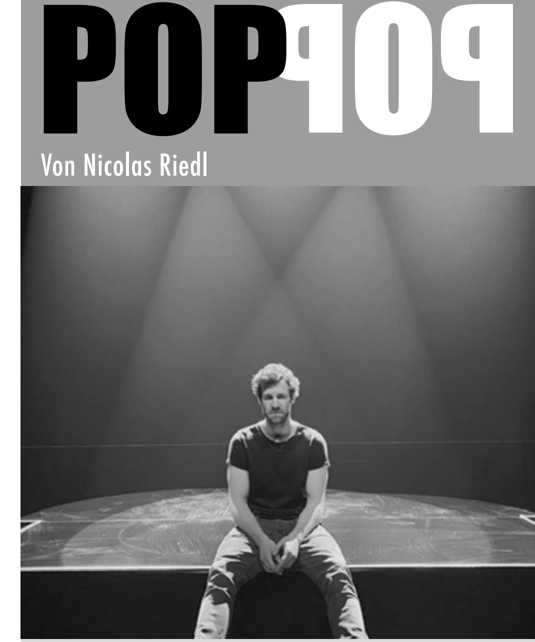
Sehen wir die Parallele zu heute? Die meisten christlichen Zirkel haben die Corona-Maßnahmen penibel umgesetzt, teilweise auch in vorauseilendem Gehorsam übererfüllt. Eine kritische Minderheit gab es nicht oder sie fand kein Gehör. Es waren die ängstlichen Konformisten, die darauf bestanden, die Anforderungen der Obrigkeit zu erfüllen. Das traurige Ergebnis: Maskenzwang und 3G-Regel als Zugangsbedingung zum Gottesdienst, Aussetzung des Abendmahls und Verbot des gemeinsamen Singens. Die Botschaft »seien wir brave Staatsbürger, ordnen wir uns unter, dann wird alles gut« zeigte ihre verheerende Wirkung. Denn nichts wurde gut. Vielmehr hat das Zeugnis der Gemeinde Gottes schweren Schaden erlitten. Äußerlich hatte man alles »richtig« gemacht, doch in geistlicher Hinsicht war man grandios gescheitert. Sich dem Druck der Herrschenden beugend ließ man es zu, dass das Salz seine Kraft verlor und »von den Leuten zertreten« (Matth. 5,13) wurde.

Zuviel steht auf dem Spiel, als dass wir den Konformisten das Ruder noch weiter überlassen dürfen. Die nächste Bewährungsprobe steht uns spätestens im Herbst bevor, wenn die »Handschellen« wieder fester angezogen werden. Verharren wir weiterhin wie die Gemeinde von Laodizäa in Lauheit, dann laufen wir Gefahr, von Christus ausgespien zu werden (Offb. 3,16)! Wir sollten also keinen Moment zögern, seine Therapie anzunehmen: »Ich rate dir, dass du Gold von mir kaufst ... und weiße Kleider ... und Augensalbe, deine Augen zu salben, damit du sehen mögest« (Offb. 3,18).

Der Autor ist Vater von drei Kindern und SAP-Berater. Er wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. (youtube.com/c/Antipas1)

POP POP

Von Nicolas Riedl



Unzählige Tickets gehen diesjährig wieder zurück über die Verkaufstheke.
Foto: instragram_thereallukemockridge

IN EINER TOUR TOURABSAGEN

Die diesjährige Musik- und Kultur-Saison zeichnet sich vor allen Dingen durch die Absage zahlreicher Veranstaltungen und Konzerte aus (wir berichteten). Nun häufen sich weitere Absagen. Da es krisenbedingt an technischem Material mangle, mussten die Konzerte des irischen Sängers Chris de Burgh am 10. Juli in Halle/Saale, sowie am 27. Juli in Magdeburg abgesagt werden. Johannes Strate, Frontsänger von Revolverheld teilte seiner Fangemeinde mit, man müsse die Tour im Frühjahr 2023 schon mal präventiv absagen. Derzeit könne aus der Veranstaltungsbranche niemand garantieren, dass der Betrieb wie gewohnt vonstatten geht. Entsprechend riskant sei es, unter diesen Umständen eine Tour zu planen. Zwei Tage später musste der Comedian Luke Mockridge »coronabedingt« seine Tour absagen. Ob Mockridge gespritzt ist, ist derzeit nicht bekannt.



Trotz Hausdurchsuchung – Nina Maleika lässt sich nicht einschüchtern.
Foto: instagram: nina_maleika.

UNERWÜNSCHTER BESUCH BEI NINA MALEIKA

Die Sängerin und Moderatorin Nina Maleika befand sich in ihrem Italien-Urlaub, als am 8. Juli ihre Wohnung in Hamburg durchsucht wurde. Bei ihrer Rückkehr bemerkte Maleika die Spuren der Durchsuchung zunächst kaum, bis sie feststellte, dass Gegenstände verrückt wurden. Auf dem Küchentisch fand sie schließlich ein Schreiben der Kripo Hamburg samt Durchsuchungsbeschluss – ihr wird das Fälschen eines Impfausweises vorgeworfen. Mit einer Videobotschaft wandte sie sich schließlich an die Öffentlichkeit, in der sie gefasst, zornig und tapfer über den Vorfall sprach. Daraufhin schlug ihr europaweit eine Welle der Solidarität entgegen.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Angstgesellschaft.
Hans-Joachim Maaz

Frank & Timme
978-3-7329-0852-3



Angst im Systemwechsel.
Die Psychologie der Coronazeit
Jürgen & Leonard Wächter

novum pro
978-3-99131-166-9



Angst und Macht.
Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien
Rainer Mausfeld
Westend
978-3-86489-281-3



Herrschaft der Angst.
Von der Bedrohung zum Ausnahmezustand
Hannes Hofbauer, Stefan Kraft
Westend
978-3-85371-488-1



Die Angst der Eliten.
Wer fürchtet die Demokratie

Paul Schreyer
Westend
978-3-86489-209-7



German Angst.
Kerstin Lauks

Favoritenpresse
978-3-96849-055-7



Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg.
Russland, China und der Westen
Jörg Kronauer
Papyrossa Verlag
978-3-89438-778-5



Deutschland im Umbruch.
Vom Diskurs zum Konkurs – eine Republik wird abgewickelt
Willy Wimmer
Zeitgeist
978-3-943007-16-9



Massenpsychologie des Faschismus.

Wilhelm Reich
Books on Demand
978-3-7494-9757-7



Die Kunst der Anonymität im Internet.
So schützen Sie ihre Identität und Ihre Daten

Kevin Mitnick, Robert Vamosi
MITP
978-3-95845-635-8

VORAUSEILENDER FASCHISMUS

KOMMENTAR von Anselm Lenz

»Bleiben Sie gesund ist das neue Heil Hitler«, führte der anerkannte Arzt, Publizist und Intellektuelle Dr. Paul Brandenburg in #DW96 aus.

Die systematische Lüge mit der Corona. Die genozidalen Auswirkungen der Spritzen-Industrie (die wahrlich nichts mit »Impfen« am Hut hat). Der Sturz in den Totalitarismus. Die Anheizung von Denunziation und Gewalttätigkeiten im Alltag. Die fanatische Kinderquälerei. Die Zerstörung von Rechtsstaat und der Republik. Die Regenbogen-Charaktermasken. All dies ist bekannt, bewiesen, bereits echte Wissenschaft.

Die »Corona« wirkt nur in einigen Ländern. In Deutschland und Italien beispielsweise stark, in Florida, Polen, Schweden, Russland und fast allen Ländern Südamerikas, Afrikas und Asiens fast gar nicht. Mit typisch amerikanischer Panik-Erzeugung und einem deutschen PCR-Test wirkt die »verdunkelte Sonne« im »Westen« plus Kolonien – plus seltsamerweise China. Liegt nahe, dass sich eine kriminelle Kapitalfraktion mit einigen Regierungsmitgliedern verschworen hat, um alle anderen auszutilgen und das US-Weltherrschaftsprogramm »auf einer höheren Ebene« fortzusetzen.

Dennoch gibt es immer ein paar »Linke«, die glauben, dass dieser neue Extremismus der Mitte Schlimmeres verhindere, womöglich den »Faschismus«. Dass der nicht an eine einzige Zeit, an eine einzige Partei, an ein Land, an irgendeine zur Essenz geschrumpfte Konstellation geknüpft ist, kann im Grunde jedes Kind verstehen. Faschismus ist nicht identitär mit Schwarz-Weiß-Bildern und schiefer Geigenmusik. Es reicht nicht, sich

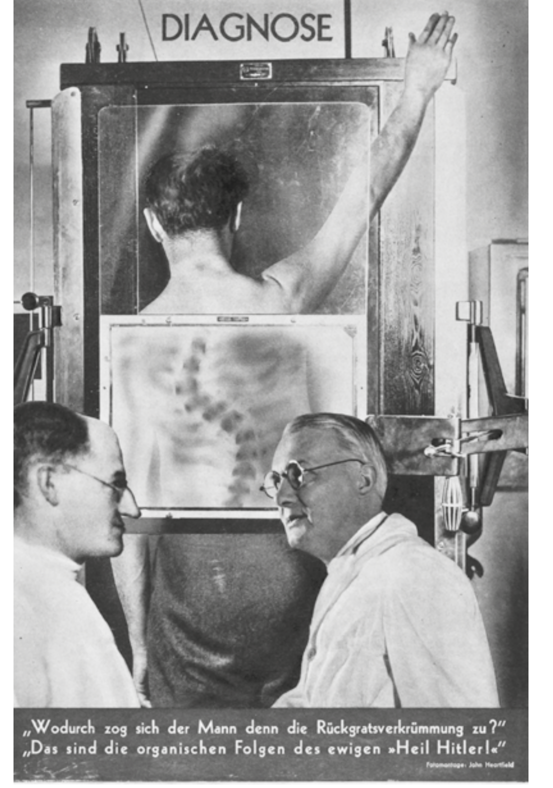


Illustration: John Heartfield

von einzelnen Elementen des historischen Faschismus »zu distanzieren« oder diese gar ins poetisch-idealistische zu pervertieren, wie es etwa mit dem zum plumpen Beschimpfungssymbol degenerierten Vorwurf des »Antisemitismus« während der Neoliberalen Epoche in der BRD geschah.

Im Gegenteil ist dieser Quartäre Antisemitismus seinerseits ein Kernelement des Neofaschismus der Corona. Manch »Linke« mag quasi-religiöse Erlösungshoffnungen in die Corona gesetzt haben. Im Effekt steht nichts als bei einem vorauseilenden Faschismus mitgetan zu haben. Es wird Zeit, dass »Linke« sich nun ein Herz fassen, sich glasklar zur Demokratiebewegung und der Verteidigung des Grundgesetzes gegen Schlechteres bekennen und diese zu unterstützen. – Übrigens, dieses »bleiben Sie gesund« hat eine offen calvinistische Bedeutung, Dr. Brandenburg zielte mit seiner Satire ins Schwarze!

SPORT MIT BERTHOLD

ICH WÜNSCHTE, ICH WÜRDE MICH FÜR TENNIS INTERESSIEREN (TEIL 2)

Jelena Rybakina, die schon länger für den kasachischen Tennisverband antritt, gewann Wimbledon 2022 im Dameneinzel.

Unsportliche Pressevertreter, die nicht einen Ball zurück ins Feld der Athletin bringen würden, brachten sie bei der Siegerkonferenz zum Weinen – wegen ihrer Geburt in Moskau. Mit dem »ungeimpften« Serben Novak Djoković gewann dann ein gebürtiger Belgrader auch noch das Herreneinzel. Noch spannender für mich derzeit: Ein Pflegemittel für die eigene Gesundheit unter anderem gegen Entzündungskrankheiten und deren Folgen – siehe Dr. Andreas Kalcker und sein Werk »Gesundheit verboten« sowie das Netzwerk comusav.de. Selber nehme ich derzeit auch CDL. Es besteht aus Natriumchlorid, Salzsäure und Wasser.

Meine Empfehlung, doch fragen Sie trotzdem zuerst Ihren Hausarzt! Bolivien setzt die sehr günstige und vielseitige Medikation offiziell ein, trotzdem fand das Negativ-»Framing« in unserer Pharma-Presse statt.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

HOFFNUNG IST VIEL ZU PASSIV.
WIR BRAUCHEN WILLEN.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung »DEMOKRATISCHER WIDERSTAND« (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 97. Ausgabe ab Samstag, 16. Juli 2022. | Redaktionsschluss war am 14. Juli. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX.**

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 98 erscheint am 23. Juli 2022.